:antifaschistische nachrichten

Nr. 10

g 3336 9.5.2002 18. jahrg./issn 0945-3946 1,30 €

Jämmerlicher Auftritt

FRANKFURT. Direkt nach der Niederlage am 1. Mai in Frankfurt/Main kündigte der Neonazi Christian Worch einen erneuten Aufmarsch für den 4. Mai an. Hauptinhalt: Protest gegen die polizeiliche Verzögerungstaktik am 1. Mai. Wieder wurde die Demonstration vom hessischen Verwaltungsgericht genehmigt. Die vorgeschriebene Route verlief dieses Mal – wie schon letztes Jahr im April – durch das Frankfurter Ostend. Das Gericht räumte den Neonazis eine lange Versammlungszeit ein: zwischen 12 und 20 Uhr. Bereits ab 10 Uhr versammelten sich die Gegendemonstranten entlang der Route vor den weiträumigen Polizeiabsperrungen. Es waren Menschen unterschiedlichster politischer Tradition und jeden Alters, die hier zum zweiten Mal innerhalb kürzester Zeit zu einer gmeinsamen Aktion zusammen kamen. Aufgerufen hatte die Frankfurter Anti-Nazi-Koordination, die sich nach dem 1. Mai 2001 gründete, gemeinsam mit dem DGB Region Frankfurt-Rhein-Mai sowie autonome Antifa. Ununterbrochen strömender Regen konnte die ca. 1000 bis 1500 Antifaschisten nicht schrecken, die Blockaden standen. Vier Stunden lang mussten etwa 30 auf dem Danziger Platz versammelte Neonazis auf ihren Versammlungsleiter warten. Christian Worch gelang es erst mit Hilfe eines BGS-Trupps zu ihnen zu stoßen, immer wieder wurde er von Gegendemonstranten zum Rückzug gezwungen. Nachdem gegen 18 Uhr auch noch die restlichen erwarteten Neonazis ihren Weg auf den Platz gefunden hatten, ging der kleine Haufen von ca. 60 Nazis eine stark verkürzte Route – zwei kleine Straßen des von etwa 4000 Polizisten abgeriegelten Stadtteils – ab, um nach einer kurzen Abschlusskundgebung aus der Absperrung wieder heraus gebracht zu werden.

Wirklich ein jämmerlicher Auftritt, der den Faschisten hoffentlich endgültig die Lust an derlei „Aufmärschen" in Frankfurt verdorben hat. *udi* ■

Aus dem Inhalt:

Demos für und gegen Le Pen . . 8
Frieden für Israel und Palästina 12

Begleitet von starken Protesten sind am 1. Mai in Göttingen, Berlin, Frankfurt, Dresden, Mannheim/Ludwigshafen und Fürth Neofaschisten aufmarschiert, insgesamt an die 3000. Das ist in etwa die Zahl, die auch im letzten Jahr mobilisiert werden konnte.
Bild: Dresden/indymedia

1. MAI: erfolgreiche Blockaden in Frankfurt, Dresden und Ludwigshafen

Frankfurt. Die Antifaschistinnen und Antifaschisten in Frankfurt haben am 1. Mai einen wichtigen Sieg erkämpft. Der angekündigte Nazi-Aufmarsch Hunderter gewaltbereiter Neonazis wurde durch einen gemeinsamen Einsatz von nach unserer Schätzung 2000 - 3000 Gegendemonstrantinnen und Gegendemonstranten vor Ort in und um Fechenheim, durch die Kooperation mit dem DGB für den Bereich der Innenstadt und in punktueller Absprache mit der Polizei im Wesentlichen erfolgreich verhindert.

„Dr. Goebbels spricht leider nicht. Es sprechen aber die Redner des Nationalen Widerstands ... Heraus zur Großdemonstration 1. Mai!" hatten die sich selber als Nationalsozialisten bezeichnenden Neonazis auf uns vorliegenden Plakaten in der Frankfurter Innenstadt großmäulig angekündigt. Was Josef Goebbels an seinem Fensterplatz in der Hölle zu der kläglichen Vorstellung seiner Nachfolger am gestrigen 1. Mai am S-Bahnhof Mainkur wohl gesagt hat, das können wir heute erfreulicherweise den Phantasien der „Redner des Nationalen Widerstands" überlassen. Als erste Auswertung des 1. Mai 2002 wollen wir festhalten:

1. Ein entscheidender Punkt für die Verhinderung des Naziaufmarschs in Fechenheim war die Situation vor Ort. Nachdem wir erst am Donnerstagabend (25. April) endgültig Klarheit über die Demoroute in Fechenheim hatten, setzte sich die dortige Ev. Kirchengemeinde von sich aus mit der Anti-Nazi-Koordination in Verbindung, um Gegenmaßnahmen zu beraten. Darauf folgten erste Absprachen und eine Flugblatt-Aktion am Samstag vor dem 1. Mai. Zwei Stadtteilversammlungen am 29. und 30. April konkretisierten diese Absprachen. Viele Menschen aus Fechenheim arbeiteten sehr schnell und eng mit uns „Frankfurtern" der Anti-Nazi-Bewegung in ihren verschiedenen Gruppierungen zusammen. Es gab keine Berührungsängste oder Vorbehalte voreinander – erstaunlich angesichts der „veröffentlichten Meinung", in der ständig vor linken Chaoten und Randalierern gewarnt wurde.

weiter auf Seite 4

Lebed abgestürzt

RUSSLAND. Der Ex-General Alexander Iwanowitsch Lebed, einst Sicherheitsberater Jelzins, ist bei einem Hubschrauberabsturz in Sibirien ums Leben gekommen. Der rechte Hardliner, 1996 auch Interviewpartner der Wochenzeitung „Junge Freiheit“, der sich später mit Jelzin überwarf, wäre von konservativen Politikern im Westen gerne als Nachfolger Jelzins gesehen worden. Nachdem Lebed bei der Präsidentschaftswahl 1996 nur den dritten Platz erreichen konnte, war er zuletzt Gouverneur in Krasnojarsk. *hma* ■

Nenning angekommen

ÖSTERREICH/WIEN. Eigentlich war es nur eine Frage der Zeit, wann Günther Nenning, ehemals SPÖ-Aktivist und bis 1985 Vorsitzender der Österreichischen Journalistengewerkschaft, mit seinen unausstehlichen Polemiken und Angriffen gegen linke und fortschrittliche Menschen ganz rechts ankommen würde. Nun wächst zusammen, was zusammengehört, denn Nenning wird beim diesjährigen „Schulvereinstag“ der deutschtümelnden „Österreichischen Landsmanschaft“ (ÖLM) den Festvortrag halten. Umrahmt von einer ungarndeutschen Musikkapelle spricht Nenning am 13. Mai im Festsaal des Wiener Ingenieur- und Architektenvereins zum Thema „Österreichisch - Deutsch - Europäisch“. Zur Inhaltsangabe seines Vortrages schreibt Nenning u.a.:

„Österreich ist unauslöschlich – es gibt kein ersatzloses Aufgehen in Deutschland. Deutschland ist unauslöschlich – die deutsche Wiederkehr ist eine Chiffre des neuen Jahrtausends. Europa wird zur weltgeschichtlichen Tatsache – mit Deutschland als Vormacht.“ Unterdessen hat sich der Schriftleiter des ÖLM-Organs „Der Eckartbote“, Helmut Müller, bereits aufgemacht, seinen Beitrag zur Vormachtstellung Deutschlands in Europa zu leisten. Dies sowohl als Autor und Interviewpartner des NPD-Organs „Deutsche Stimme“, als auch als Referent bei der sächsischen NPD. *hma* ■

Alles erlaubt

LEIPZIG. Nach Ansicht des Amtsgerichtes Leipzig stellt das Skandieren der Parole „Ruhm und Ehre der Waffen-SS“ keine Straftat dar. Die von einem Neofaschisten verwendete Parole sei den „Leitlosungen der Waffen-SS und der Hitlerjugend nicht zum Verwechseln ähnlich“, wie es der Paragraf 86a des Strafgesetzbuches fordert, meint das Gericht. Der Mitveranstalter eines Neonazi-Aufmarsches in Leipzig muss sich somit erst einmal nicht vor Gericht verantworten. Die Staatsanwaltschaft hat angekündigt, Beschwerde gegen diese Entscheidung einzulegen. *hma* ■

Erneut Kriegsverbrecher geehrt

JAPAN. Erneut hat der Besuch eines japanischen Regierungschefs im umstrittenen Yasukuni-Schrein die japanische Außenpolitik überschattet. Der japanische Ministerpräsident Junichiro Koizumi hatte jüngst erneut den religiös-politisch motivierten Schrein besucht, in dem neben 2,5 Millionen toter japanischer Soldaten auch Kriegsverbrecher verehrt werden. Proteste gegen die Ehrung gab es vor allem aus Südkorea und China. Dem japanischen Ministerpräsident wird vorgeworfen, die Kriegsverbrechen Japans zu verharmlosen. „Wenn ein Führer einer Nation es nicht schafft, eine korrekte Haltung zum Agressionskrieg und den früheren Kriegsverbrechern einzunehmen, wie kann er dann das Vertrauen der Menschen in der Welt gewinnen?“, sagte Chinas Vizeaußenminister Li Zhaoxing. Die südkoreanische Tageszeitung „Korean Herald“ warf Koizumi eine „ausgewählte Niedertracht“ vor. Der Vernichtungskampagne der japanischen Armee gegen die Zivilbevölkerung der Nachbarländer waren alleine 1937 im südchinesischen Nanjing bis zu 300 000 Menschen zum Opfer gefallen. In den heutigen japanischen Schulbüchern werden diese Verbrechen nicht oder nur am Rande erwähnt.

Trotz der Proteste aus dem In- und Ausland besuchten Ende April etwa 190 japanische Abgeordnete und Politiker das dreitäge „Frühjahrs-Friedensfestival“ am umstrittenen Yasukini-Schrein. *hma* ■

„Neues Europa“ ?

ÖSTERREICH. Gegenüber dem arabischen Nachrichtensender „El Dschasira“ hat der ehemalige FPÖ-Chef Jörg Haider sein Ziel bekräftigt, in Österreich doch noch Bundeskanzler zu werden. „Ich bin im Sport Marathonläufer – das heißt, ich bin es gewohnt, sehr lange warten zu müssen, bis man ins Ziel kommt“, so Haider. Unterdessen hat Haider seine Pläne für einen EU-weiten Antritt einer neuen rechten Partei konkretisiert. Eine Partei unter dem Namen „Neues Europa“ sei für ihn „vorstellbar“ und „dringend notwendig“, so Haider in einem „Profil“-Interview. „Ein Gegenprogramm gegen den bürokratischen Wahnsinn von Brüssel könnte einiges bewegen“.

„Ich glaube, daß wir in Dänemark, Holland, Süddeutschland und in Italien ein enormes Potential hätten“, erklärte Haider. Vorstellbare Partner könnten etwa die „Lega Nord“ und Teile der „Forza Italia“ sein, so der ehemalige FPÖ-Chef. Man müsse aber darauf achten, „daß die Bewegung nicht wegen extremer oder rassistischer Aussagen angreifbar“ werde. Le Pen habe Positionen, die „nicht vertretbar“ seien, allerdings wolle er „ihn jetzt auch nicht vorverurteilen“. *hma* ■

1. Mai Frankfurt/Main

Ermittlungen eingestellt

KÖLN. Die Kölner Staatsanwaltschaft hat die Ermittlungen gegen das Theaterstück „Corpus Christi“ eingestellt.

Die Ermittler seien zu dem Schluss gekommen, dass das Theaterstück durch die Kunstfreiheit gedeckt sei. Dies will das katholische Erzbistum in Köln, das Strafanzeige gegen das Stück erstattet hatte, gar nicht akzeptieren und hat nun Beschwerde gegen die Einstellung der Ermittlungen angekündigt. Die Kölner Katholikenführung sieht in dem Stück, das Jesus und seine Jünger u.a. als trinkfreudige Homosexuelle darstellt, eine Religionsbeschimpfung und eine „Störung des öffentlichen Friedens“. *hma* ■

Neonazis verübten zwei Mordversuche

BERLIN. Nach Angaben der Bundesregierung versuchten Neonazis im vergangenen Monat zwei Mal Menschen zu töten. Dies unterstreicht, wie gefährlich die rechte Szene nach wie vor ist.

Auch die Zahl der antisemitisch motivierten Straftaten bleibt besorgniserregend hoch.

188 rechtsextrem motivierte Straftaten zählt die Bundesregierung für März 2002, davon 136 Propagandadelikte, 14 Körperverletzungen und 2 versuchte Tötungen. 13. Personen wurden von rechten Schlägern verletzt, 135 Tatverdächtige ermittelt und 11 Personen festgenommen.

Antisemitische Straftaten erfasste die Bundesregierung in den ersten drei Monaten diesen Jahres insgesamt 127. Davon 26 Propagandadelikte, 77 Volksverhetzungen, zwei Körperverletzungen, eine Brandstiftung und zwei Widerstandsdelikte. Drei Menschen wurden verletzt, 65 Tatverdächtige ermittelt.

Die meisten antisemitischen Straftaten wurden in westlichen Bundesländern erfasst, Anlass zu Entwarnungen geben diese Zahlen nicht. Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus sind weit verbreitet und die Gefahr von Überfällen, Verletzungen oder gar Tötungen nicht gebannt. *Ulla Jelpke* ■

Friedhelm Busse verurteilt

Essen. Das Antifaschistische Forum Essen hat das Urteil des Essener Landgerichts gegen Friedhelm Busse, den früheren Vorsitzenden der verbotenen FAP begrüßt. „Wir haben das Urteil mit Genugtuung zur Kenntnis genommen," so Wolfgang Freye, der einen Teil der Gegenaktionen gegen den NPD-Aufmarsch im letzten Jahr angemeldet hatte. „Und wir möchten uns ausdrücklich dafür bedanken, dass die Einsatzleitung der Esse-

Friedhelm Busse

ner Polizei auf die antisemitische Hetze des Altnazis Busse im letzten Jahr sofort reagierte. Das ist nämlich leider nicht selbstverständlich und sicherlich auch ein Erfolg des breiten Widerstandes gegen die faschistischen Brandstifter."

„Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen" war eine der zentralen Aussagen des breiten Bündnisses, das sich im letzten Jahr rund um den DGB für die Aktionen gegen die NPD-Demonstration gebildet hatte. Rassistische und antisemitische Hetze sind kein „Kavaliersdelikt", sondern müssen gesellschaftlich geächtet werden. Dazu trägt das Urteil bei, das mit 21 Monaten Gefängnis ohne Bewährung eine abschreckende Wirkung auf die einschlägige Szene sicherlich nicht verfehlen wird. Wir hatten die Polizei bei den Vorgesprächen im letzten Jahr ausdrücklich darum gebeten, gegen jede strafrechtlich relevante Äußerung der faschistischen Brandstifter entschieden vorzugehen. In den Auflagen für den NPD-Aufmarsch hatte die Polizei daraufhin auch ausdrücklich Losungen und Sprechparolen untersagt, die faschistische Traditionsverbände verherrlichen („Ruhm und Ehre der Waffen-SS"). Ohne solche Auflagen können solche Sprüche bisher nämlich nicht erfolgreich verfolgt werden. Ein Gesetzentwurf, der dies ändern soll, liegt seit vielen Monaten im zuständigen Ausschuss des Bundestages auf Eis. *Presseerklärung Antifaschistisches Forum Essen, 19. März 2001* ■

Auch Nazis bewaffnen sich mittels Schützenvereinen

Düsseldorf. Die VVN NRW hat sich mit einem Schreiben an die Landesregierung gewandt, in dem es heißt:

„Alle Welt ist „nach Erfurt" erschreckt, wie leicht ein gewaltbereiter Mensch hierzulande in den Besitz von Waffen gelangen kann. Unter der Überschrift „Der Killer hat alles im Detail geplant" berichtet die „Bild"-Zeitung, der 16fache Mörder und Selbstmörder vom Gutenberggymnasium in Erfurt sei nach folgenden Anhaltspunkten vorgegangen: „1. Beschaffung der Waffen (Pistole, Pumpgun): Um problemlos an sie ranzukommen, wurde Steinhäuser Mitglied im Schützenverein ‚Domblick'."

Die VVN-BdA NRW erinnert daran, dass sich auch die Bewaffnung und militärische Ausbildung der Neonazis nach diesem Muster vollzieht. Bereits im Mai 1994 hat unsere Organisation ein neonazistisches Strategiepapier der Zeitschrift „Europa vorn" Nr. 35/92 veröffentlicht, in dem der Kölner Neonazi Manfred Rouhs an die „rechten Aktivisten" den Aufruf richtet: „Zum Selbstschutz angemessen, legal bewaffnen". Verbunden wurden damit kaum verhüllte Gewaltaufrufe mit Tipps, wie der Nazi heutzutage an einen Waffenschein und an Waffen kommt, und zwar „als Mitglied einer Schützenbruderschaft oder eines Schützenvereins .... mit der richtigen politischen Einstellung (die dort übrigens zahlreich sind)". Erfolgversprechend sei auch, „wenn der eine oder andere Kamerad selbst in die Sicherheits-Branche einsteigt." Weiter wird in dem Papier des Manfred Rouhs aufgerufen, politische Gegner mit Handschelle an Laternenpfähle zu fesseln und die Schlüssel der Handschellen zu vernichten. Diese Passage des Textes nahm Oberstaatsanwalt Dr. Bellinghausen seinerzeit zum Anlass, den gesamten Aufruf zur Bewaffnung rechter Terroristen straflos zu lassen und eine Anzeige der VVN-BdA zurückzuweisen. Es sei allen Bürgern zuzubilligen, unter Anwendung körperlicher Gewalt einen anderen ohne richterliche Anordnung vorläufig festzunehmen, „wenn dieser auf frischer Tat getroffen oder verfolgt wird und er der Flucht verdächtig ist." So die zynische Begründung für das Nichthandeln der Behörden laut Brief der Staatsanwaltschaft Köln vom 17. Mai 1994."

Abschließend wird Ministerpräsident Clement gebeten, die Behörden zum Handeln gegen Gewalttäter, auch rechte Gewalttäter zu verpflichten.

Ulrich Sander, Landessekretär VVN NRW ■

BNP gewinnt drei Stadtratssitze in Burnley

Grossbritannien. Die „British National Party" BNP hatte zur Kommunalwahl eine Rekordzahl von 68 Kandidaten aufgestellt. Die Befürchtung, dass die von der erwarteten geringen Wahlbeteiligung bei Kommunalwahlen und vom aktuellen Wahlerfolg Le Pens profitieren würde, bestätigte sich zwar insgesamt nicht. Allerdings kamen im mittelenglischen Bunrley gleich drei ihrer Kandidaten durch. Endlich habe „die weiße Mehrheit" in England „eine Stimme gefunden", erklärte der BNP-Vorsitzende Nick Griffin zu diesem Wahlerfolg seiner Partei – dem ersten seit neun Jahren. In Burnley, einer Textilstadt mit hohem Migrantenanteil und im vorigen Sommer Schauplatz blutiger Straßenkrawalle, bekam die BNP rund ein Viertel aller abgegebenen Stimmen. In Oldham, einem anderen Schauplatz scharfer rassistischer Auseinandersetzungen, verpasste sie nur knapp den Einzug ins Stadtparlament.

u.b. - FR, KStA. 4.5.02 ■

Wer und was sind freie Kameradschaften?

Hannover. Unter dem Titel "Freie Kameradschaften - Nie frei, niemals sozial, nur Nazi" veröffentlichte die Gruppe „Antifa 3000" aus Hannover eine Broschüre über die Kameradschaften. Nach einem kurzen historischen Exkurs zur Entstehungsgeschichte (mit Diagramm) werden Strukturen und Organisationsformen, das politische Selbstverständnis, sowie Aktionsformen und -felder der „Freien Kameradschaften" beschrieben. Auch wird die Rolle der Frauen, sowie Bündnisfähigkeit innerhalb des extremen rechten Spektrums beleuchtet. Eine Einschätzung der gesellschaftlichen Relevanz rundet den informativ-analytischen Teil ab. Auch ist viel Bildmaterial, das in thematischen Bezug zu den jeweiligen Artikeln steht, eingearbeitet worden.
zu bestellen bei:

Antifa 3000, Kornstr.28-30,
30167 Hannover,
e-mail: broschuere-fk@ujz-korn.de.

Fortsetzung von Seite 1

Das war ein entscheidender Baustein für den Erfolg. Und es wird auch für die Zukunft wichtig sein, sich auf allen Seiten diese gemeinsame Erfahrung gut zu merken.

2. Eine weitere entscheidende Hilfe für den Erfolg kam von der IG Metall Frankfurt, die von Anfang an Mitglied der Anti-Nazi-Koordination ist. Im Büro der Frankfurter Verwaltungsstelle saßen mehrere erfahrene Kolleginnen und Kollege sowie zwei Vertreter der Frankfurter Antifa. Hier liefen die wohl meisten Informationsstränge zusammen und es wurden Vorschläge über das weitere Vorgehen erarbeitet und vor Ort gegeben. Hier war auch der Arbeitsplatz eines Rechtsanwalts der Bunten Hilfe, der bereit stand, um nötigenfalls kurzfristig Rechtshilfe zu geben. An den Blockadepunkten in und um Fechenheim waren gerade von der IG Metall zahlreiche organisierte Kolleginnen und Kollegen anwesend. Auf dem Frankfurter Paulsplatz wurde ab 8 Uhr morgens ein Infopunkt eingerichtet, von dem aus über 1000 Menschen, die zur Verhinderung der Nazi-Demonstration gekommen waren, informiert und in zwei von der Jugendorganisation Die Falken organisierten Bussen nach Fechenheim gebracht wurden. Auch dieser Infopunkt mit Lautsprecherwagen war von IG Metall-Mitgliedern besetzt.

3. Aus unserer Sicht hat die Zusammenarbeit der verschiedenen Gruppierungen in der Frankfurter Anti-Nazi-Bewegung mit dem gestrigen Tag eine neue Qualität erreicht, die wir hoch einschätzen. Bei völliger gegenseitiger Unabhängigkeit von Antifa, Autonomen und Anti-Nazi-Koordination in der Vorbereitung gab es doch spätestens ab Mitte März immer wieder gegenseitige Kontakte und Gespräche, die sich, wie der Erfolg zeigt, gelohnt haben.Entscheidend wichtig für den Erfolg war, dass es gelungen ist, alle Blockadepunkte vor Ort mit Mitgliedern des gesamten Spektrums der Anti-Nazi-Bewegung in Frankfurt zu besetzen. In der ersten Reihe des Blockadepunktes in Alt-Fechenheim standen alte Menschen aus dem Stadtteil (mit eigener biografischer Erfahrung von Verhaftungen aus der Zeit des Faschismus) neben Mitgliedern der Antifa, der beiden Fechenheimer Kirchengemeinden, MigrantInnen und Leuten aus der Anti-Nazi-Koordination nebeneinander. Es wäre für die Polizei faktisch und politisch sehr teuer geworden, diese am Schluss etwa 500-köpfige Gruppe von Blockierern zu „räumen". Mit dem Erreichen und Besetzen dieses Punktes Alt-Fechenheim / Am Gansbühel am Beginn der Nazi-Demonstrationsroute und in dieser Mischung aus Antifaschistinnen und Antifaschisten war damit bereits morgens um 6 Uhr ein wichtiger Bestandteil des späteren Erfolgs verwirklicht, der bis zum Schluss hielt.

1. Mai 2002

Zu den Perspektiven der Anti-Nazi-Bewegung in Frankfurt bleibt festzuhalten: Wir werden in dieser Richtung weiterarbeiten. Und wir kündigen den Nazis aller Organisationen schon heute an, dass sie nicht erst im kommenden Bundestagswahlkampf an keinem Ort, auf keiner Straße, in keinem Versammlungsraum in Frankfurt die Chance haben werden, sich von uns unbehelligt zu versammeln und ihre braune Propaganda zu verbreiten.

Anti-Nazi-Koordination Frankfurt
(aus Platzgründen stark gekürzt) ■

Erfolgreiche Proteste in Mannheim/Ludwigshafen

Das Verwaltungsgericht in Karlsruhe und der baden-württembergische Verwaltungsgerichtshof in Mannheim setzten sich über das Verbot der Stadt Mannheim hinweg und machten es auch dieses Jahr möglich: Die NPD durfte am 1. Mai in Mannheim wieder demonstrieren. Allerdings nicht in der Mannheimer Innenstadt, sondern in Mannheim-Seckenheim. Für Ludwigshafen entschieden die Gerichte ähnlich (siehe nachfolgender Artikel).

Wäre im Vorfeld der Veranstaltungen nicht ein so breiter Widerstand geknüpft worden, hätte die NPD mit hoher Wahrscheinlichkeit in der Innenstadt demonstrieren dürfen. Die Gerichte aber meinten, man dürfe Veranstaltungen der NPD nicht grundsätzlich verbieten und müsse die Bereitschaft der Veranstalter anerkennen, über Alternativ-Routen zu diskutieren. Alle Plätze in Mannheim waren schon belegt, da die fast 50 Gruppen des „Mannheimer Bündnisses zum 1. Mai" an diesem Termin Veranstaltungen angemeldet hatten, kam man auf den Rathausplatz in Seckenheim.

Die Vorraussetzungen für einen erfolgreichen Protest gegen die NPD erschienen im Vorfeld nicht so günstig. Das Wetter war am Morgen sehr schlecht. Der Regen sorgte dafür, dass an der 1. Mai Demo des DGB sich dieses Jahr trotz Metallerstreiks höchstens 1000 Leute beteiligten. Aber es war von vornherein klar und wurde von dem DGB-Regionsvorsitzenden Nagel auch so vertreten: Der DGB verurteilt die Aufhebung des Verbots der NPD-Demonstrationen scharf und unterstützt den Widerstand dagegen. Für die meisten Gewerkschafter auf dem Marktplatz war klar: Wer nicht nach Ludwigshafen geht, geht dann auf jeden Fall nach Seckenheim.

In Seckenheim fanden sich bis 14 Uhr ca. 600 Antifaschisten ein. Zunächst war die evangelische Erlöserkirche der Treffpunkt. Der Pfarrer hatte das Gotteshaus zur Verfügung gestellt. Dann aber besetzten die Menschen den Rathausvorplatz. Die Polizei, die vom Stuttgarter Innenministerium die Vorgabe hatte, das wusste man, dem „Druck der Straße" diesmal nicht nachzugeben, brachte sich massiv in Stellung. Über Lautsprecher wurde angekündigt, dass notfalls der Platz geräumt werden müsse, damit die NPD ihre Kundgebung durchführen könne. Auch hier bewährte sich wieder das breite antifaschistische Bündnis, das von Gewerkschafter, VVNler, Friedensplenum, Schüler bis zu Autonomen ging. Die immer mehr werdenden Leute gingen nicht vom Platz herunter. U.a. sprachen Max Nagel, der Bundestagsabgeordnete der PDS, Winfried Wolf, und der Betriebsratsvorsitzende von Roche Katzmarek und der Gesamtpersonalratsvorsitzende der Stadtverwaltung Mannheim Dollmann zu den Menschen. Dies alles trug dazu bei, dass die Polizei von ihrem Vorhaben Abstand nahm und stattdessen NUR eine kleine Ecke des Rathausplatzes für die NPD abriegelte – dies allerdings sehr martialisch. Um 17 Uhr trafen ca. 200 NPDler mit starkem Polizeischutz verspätet ein. Sie kamen vom Seckenheimer Bahnhof und waren dieselben, die schon in Ludwigshafen ihr Unwesen trieben. Unter dem ohrenbetäubenden Lärm der Antifaschisten war allerdings von der NPD nichts zu hören. Die Glocken der Kirchen, die eigens dafür in Betrieb gesetzt wurden, taten ihr übriges.

Nach 20 Minuten traten die NPD-Faschisten ziemlich unverrichteter Dinge wieder ihren Rückzug an. Die antifaschistische Gegenveranstaltung löste sich danach selbst auf. *scr* ■

Ludwigshafen: NPD kommt nicht in die Innenstadt

Seit Wochen mobilisierte die NPD im Internet für den 1. Mai nach Ludwigshafen. Für ihren Marsch durch die Stadt mit Kundgebung hatte sie ursprünglich den Ebertpark angemeldet, wo traditionell jährlich die 1.-Mai-Kundgebung des DGB stattfindet. Dieses Jahr sollte es die zentra-

le Veranstaltung des DGB in Rheinland-Pfalz werden. Der Auftritt des Ministerpräsidenten Kurt Beck sollte dort stattfinden. Die NPD-Provokation wurde von der Stadt voraussehbar abgelehnt. Zahlreiche demokratische, gewerkschaftliche und kirchliche Gruppen meldeten dann, wie in Mannheim auch, ca. 50 Veranstaltungen und Aktionen auf den Plätzen Ludwigshafens an. Erst wenige Tage vor dem 1. Mai reichte die NPD einen neuen Routenwunsch bei der Stadt ein. Dieses Mal hatte sie sich durchweg Stationen ausgesucht, die nach Opfer oder Widerstandskämpfern gegen das Dritte Reich benannt waren, z.B. die Anne Frank-Realschule oder den Dieterle-Platz, benannt nach dem antifaschistischen Regisseur. Ordnungsdezernent Zeiser war empört, hier gehe es eindeutig um Verhöhnung der Opfer und nicht um ein demokratisches Demonstrationsrecht. Dies möge das Gericht bedenken. Die Stadt verbot den Aufmarsch und das Verwaltungsgericht Neustadt hob das Verbot, wie in den vergangenen Jahren auch, auf. Zuvor schon hatte sich der DGB und die Einzelgewerkschaften glücklicherweise dazu durchgerungen, ihre Maiveranstaltung zu straffen und rechtzeitig danach am Bahnhof Ludwigshafen, am Ankunftsort und Aufmarschplatz der NPD einzutreffen, schließlich wolle man nicht nur verbaler Antifaschist sein. Um die Gewerkschafter schnell zum Bahnhof zu bringen, wurden auch Busse eingesetzt. Dies war ein Novum in Ludwigshafen.

Das „Netzwerk gegen rechte Gewalt und Rassismus“, in dem 42 Einzelorganisationen von der CDU, SPD, evangelische und Katholische Arbeitnehmer, zahlreiche Jugend- und Schülerorganisationen, der Verband der Sinti und Roma, Rat für Kriminalitätsverhütung, Frauen- antifaschistische bis marxistischen Gruppen, freireligöse und soziale Vereine zusammengeschlossen waren, rief zu einer Kundgebung vor dem Hauptbahnhof auf.Bis gegen 12:00 Uhr waren der Ludwigshafener Hauptbahnhof beidseitig durch Gegner der Nazis von beiden Seiten des Rheins blockiert. Die neu gewählte CDU-Oberbürgermeisterin Lohse sprach. Die Polizei, obwohl sehr zahlreich vertreten – der „größte Einsatz dieses Jahres“ – verzichtete darauf, der NPD ein Durchkommen zu erkämpfen. Die Burschen wurden in den Zug nach Ludwigshafen-Mundenheim gesetzt, einem kleinen Stadtteil, wo sie von geballter Präsenz begleitet aussteigen, einen Zug von ca. 250 meist jungen männlichen Glatzköpfen formten und für ca. 20 Minuten durch den Stadtteil zogen und vor ein paar überraschten Mundenheimern eine Ansprache durch ihre Anlage brüllten, begleitet von Protesten einer anwachsenden Zahl von Antifaschisten und Gewerkschaftern, die nachgekommen waren. Entscheidend jedoch ist, dass es der NPD nicht gelungen ist, durch die Ludwigshafener Innenstadt zu ziehen. *frr* ■

Nazi-Aufmarsch in Dresden mehrfach gestoppt!

Um es klar und deutlich voranzustellen: Ja, es war kein erfolgreicher 1. Mai in Dresden für die aus allen Himmelsrichtungen angereisten Nazis. Rund 900 RechtsextremistInnen versammelten sich am sehr späten Vormittag auf dem Postplatz vor dem mit Anti-Nazi-Parolen beflaggten Schauspielhaus (siehe Titelbild). Zuvor hatten sich zirka 150 Nazis vor dem Dresden-Neustädter Bahnhof zusammengerottet und waren in Demonstrationsformation durch die Stadt gezogen. Weil ihnen ihr Weg immer wieder durch Antifa-Sitzblockaden verbaut war, eskortierten die Polizeikräfte die Nazis mit einigen Umwegen schließlich zum Versammlungsort, unter ständig aktiver Begleitung durch Antifa-Gruppen. Mit großer Verspätung, der angekündigte Marschbeginn von 11.30 Uhr war weit überschritten, formierte sich schließlich die Nazi-Demonstration. Voran der Lautsprecherwagen aus dem Fuhrpark der „Deutschen Stimme“ in Riesa, der während der gesamten Demonstration durch ständige Technikausfälle glänzte. Als Versammlungsleiter fungierte wie im Vorjahr der sächsische NPD-Kader Matthias Paul. Im Demonstrationszug marschierten als ‚freier Block‘ angekündigt: „Freie Nationalisten Magdeburg“, „Freie Nationalisten Dessau“, „Freie nationale Aktivisten in der Oberlausitz“ sowie „Thüringer Heimatschutz“. Gleichfalls zur Demo angereist waren einige Nazis aus Österreich.

Auf ihrem Demonstrationsweg wurden die rund 900 Nazis mehrmals durch Sitzblockaden gestoppt. Seriöse Schätzungen gehen von zirka 1.200 aktiven Antifas an diesem 1. Mai in Dresden aus. An einem Punkt der Demonstration sahen sich die Rechtsextremen unvermittelt einer Sitzblockade von rund 400 Antifas gegenüber. Stopp. Kein Durchkommen. Verhandlungen mit der Ordnungsbehörde werden geführt. Die Polizei gibt bekannt, dass sie wegen der großen Anzahl von GegendemonstrantInnen nicht beabsichtigt, nicht in der Lage ist, diese Blockade zu räumen. Die Nazi-Demo steht und steht und steht. Das Fronttransparent, andere Transparente flattern zu Boden, auf die Straße. Stillstand. Fast schon Auflösungserscheinungen bei den Rechtsextremen. Die Nazi-Demo kehrt um. Höllen AntifaLärm. Polizeipferde gehen durch. Die Nazis trotten zurück. Völlig grundlos und unvermittelt gehen in diesem Augenblick Greiftrupps der Polizei in die Antifa-Blockade. Mehrere Festnahmen, Blut fließt, Sanitätsdienste werden verweigert, Pressearbeit behindert. Die festgenommenen Antifas werden, wie zum Schaulaufen, aufrecht in Richtung Nazi-Demo geschleift und gleichzeitig teilweise körperlich misshandelt. Nach diesem durch Antifa-Widerstand erzwungenen Abbruch der Nazi-Demo versammeln sich die Nazis schließlich auf dem schon jenseits der Stadtperipherie gelegenen Platz vor dem WorldTradeCenter zu ihrer Abschlusskundgebung, die eigentlich in der Innenstadt vorgesehen war. Die Öffentlichkeitswirkung ist weniger Null. Udo Voigt geißelte das WorldTradeCenter, vor dem man ja jetzt gezwungen sei, die Abschlusskundgebung durchzuführen, als ‚Hort des Bösen‘. Vielleicht hätte ihm mal irgendwer stecken sollen, dass im Dresdner WorldTradeCenter nur eine so genannte Einkaufsmeile ist, sonst nix weiter groß.

„Wir kommen wieder!“ trompeteten die Nazis bei ihrem kläglichen Abmarsch, und fast niemand hat es gehört. Am 8. Mai will die „Junge Landsmannschaft Ostpreußen“ durch Dresden marschieren.

ART Dresden,
aus Platzgründen stark gekürzt,
http://www.antifadresden.alturl.com ■

Ca. 50 NPDler und 150 „freie Kameraden“ durften unter dem Schutz von 3500 PolizistInnen in Göttingen demonstrieren.

Göttingen. Für die Bewohner der Weststadt war es ein deprimierendes Gefühl, dass NPD und rechtsradikale „Kameradschaften“ durch ihr Stadtviertel marschierten konnten. Die Weststadt ist ein Stadtteil mit besonders hohem Anteil an Ausländerinnen und Ausländern und ausgerechnet hier durften die Nazis ihrem Ausländerhass in provozierenden Parolen freien Lauf lassen. Eine Kundgebung fand an der Ecke Pfalz-Grona-Breite statt, zufällig genau bei der Siedlung, die ca. 1938 als „NSDAP-Projekt Fliegerhorst-Siedlung“ erbaut wurde.

Auf der Kundgebung sprach auch Rechtsanwalt Horst Mahler, der die NPD im Verbotsverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht gegen die Bundesregierung vertritt. Zahlreiche Sperren, Einkesselungen und Festnahmen verhinderten, dass die Gegendemonstranten die Nazidemo auflösen konnten. Dennoch kamen auch an der Demoroute zahlreiche Gegendemonstranten zusammen. Dass es nicht mehr waren lag daran, dass die Polizei mehrfach gestaffelte Sperren aufbaute und nur einzelne Anwohner nach Ausweiskontrolle passieren ließ. Ca 850 Personen wurden von der Polizei überprüft, es gab 16 Festnahmen, mehr als 100 „In-Gewahrsamnahmen“, 4 Gegendemonstranten wurden verletzt. Einige erhielten Anklagen wegen Landfriedensbruch und Beleidigung.

www.goest.de ■

Demoaufruf für den 18. Mai 2002 12 Uhr Hilden/NRW

Neonazistischen VGR-Multimedia Vertrieb stoppen !!

Rechtsrock, auch „white power music“ genannt, die Musik neonazistischer Skinheads, ist in Deutschland während der letzten zwölf Jahre zu einem Millionengeschäft geworden. Über 100 deutsche Neonazi-Bands produzierten seit 1991 an die 600 verschiedene CD´s in einer Stückzahl von einigen Hundert bis zu 15.000 Exemplaren. Zuständig für deren Produktion und flächendeckende Verteilung sind mehr als 50 Labels und Vertriebe sowie bundesweit mehr als 30 Läden. Zu den bundesweit zentralen Figuren in Sachen Rechtsrock zählt der Düsseldorfer Torsten Lemmer.

Torsten Lemmer

Der ehemalige Jungliberale trat 1989 als Kommunalwahlkandidat der bundesweiten REP-Abspaltung „Freiheitliche Volkspartei“ und 1990 als Mitglied der REP´s in Erscheinung. 1991 bis 1993 bekleidete er zentrale Funktionen bei der Düsseldorfer „Republikaner“-Abspaltung „Freie Wählergemeinschaft“ (FWG), die von Ende 1991 bis Frühjahr 1994 mit zwei Sitzen im Düsseldorfer Stadtrat vertreten war. Mitte 1993 gelang es antifaschistischen Gruppen und einer Bürgerinitiative, Lemmer aus seinem Domizil in Düsseldorf-Eller zu vertreiben. Niedergelassen hatte er sich zuvor im Verlagshaus des damaligen FWG-Vorsitzenden Kurt Winter. Dieses Verlagshaus wurde auch als FWG-Geschäftsstelle genutzt. Die Eigentümerin des Hauses löste den Mietvertrag mit Winter, nachdem sie über die dortigen Machenschaften informiert worden war. Ende 1993 bezogen Lemmer und sein politischer Ziehvater Winter neue Geschäftsräume in der Langenfelder Lise-Meitner-Str. 11. Ende 2000 erwarb Lemmer zusammen mit dem Republikaner und Bundeswehroffizier Dr. Robert Nagels das Haus Richrather-Str. 195 in Hilden. Seit 2001 befindet sich dort die Verlagsgemeinschaft Rheinland GmbH (VGR). Bereits Anfang der 90er Jahre managte Lemmer, die zu dieser Zeit bekannteste Neo-Nazi-Band „Störkraft“ aus Düsseldorf und Andernach. Zusammen mit dem Essener Neonazi Andreas Zehnsdorf, der verantwortlich zeichnete für Hetzpostillen wie „Querschläger“ und „Ketzerblatt Frontal“, schuf Lemmer nach und nach das heutige Rechtsrock-Unternehmensgeflecht. Hierzu zählten unter anderem das Label „Funny Sound and Vision GmbH“, die angegliederten Labels „Destiny Records“ und „Dr. Records“, die „Creative Zeiten Verlag und Vertrieb GmbH“, der „Moderne Zeiten (MZ)-Vertrieb und die Zeitschrift „Rock Nord“. Im Zuge einer Ausstiegs- Inszenierung, diesmal als Komparse in einer Hamlet-Aufführung Christoph Schlingensiefs, liquidierte der gnadenlose Selbstdarsteller Lemmer den „MZ“-Vertrieb, den „Creative Zeiten“- Verlag und „Funny-Sounds“ und bot die ausgehöhlten Firmen auch noch dreisterweise dem Innenminister zum Kauf an, um damit ein vorgebliches Aussteigerprojekt, mit Lemmer als Vorsitzenden, zu finanzieren. Im Vorfeld indessen hatte Lemmer schon längst die nötige Umstrukturierung vollzogen und der nächste Lemmer-Klon „VGR“ ward geboren, über den so ziemlich alles geordert werden kann, was das Naziherz erfreut. CD´s deutscher und ausländischer Nazibands, T-shirts („T-Hemden“), Abzeichen, Videos Fahnen, usw.. Das gesamte Angebot findet man auch auf dem Internetportal der Nazi-Bravo „Rock Nord“ (www.rocknord.de), die ebenfalls ein Lemmerprodukt ist. Laut Herausgeber hat das Magazin eine Auflage von 16.000 Exemplaren. Die tatsächliche Zahl dürfte wohl aber bei ca. 5000 Exemplaren liegen. Inhaltlich besteht „Rock Nord“ aus Inteviews mit Bands, Gejammere über Angriffe durch Feinde sogenannter „nonkonformer Musik“, Durchhalteparolen, Berichte aus der Rechtsrockszene und insbesondere Werbung für das Angebot der VGR GmbH. Lemmer und seinen Leuten ist es stetig gelungen, eine Reihe von Bands unter Vertrag zu nehmen und sich trotz starker Anfeindungen und Boykott-aufrufen in der rechten Szene zu behaupten. Lemmer, der selbst nie ein Skinhead war, wird als Fremdkörper in der Szene begriffen. Selbst seine Bands lassen oft keinen Zweifel daran, dass sie wenig von ihm halten. Trotzdem ist das Verhältnis zu ihm ambivalent, da viele Szene-Bands nicht unerheblich von dem professionell geführten Lemmer-Unternehmen profitieren. Nach sechsjähriger Tätigkeit als Geschäftsführer von „Creative Zeiten“ und „Funny Sounds“ hat Lemmer 1999 diese Posten in bewährte Hände abgegeben. Z.Zt. fungiert, nach Tim Holzschneider, Ferenc Szeplaki als Geschäftsführer der VGR GmbH.

Die Hauptunternehmensanteile hat Lemmer im letzten Jahr auf seinen Großvater überschrieben, wahrscheinlich mit Blick auf sein kommunalpolitisches Comeback.

Eine Neuauflage der 1994 aufgelösten „Freien Wählergemeinschaft“ rückt mit dem Termin der nächsten Kommunalwahlen näher. Nach Vorbild der alten FWG wurde ein sogenannter „Jugendoppositionsstammtisch“ aufgebaut, über den rechte Jugendliche rekrutiert, politisiert und an die eigene Organisation gebunden werden. Mitglieder des „Jugendoppostionsstammtisches“ treten immer wieder durch das massive Verteilen u. Verkleben von Propagandamaterial in Erscheinung, so z.B. von Aufklebern mit den Parolen „Deutschland muß in Düsseldorf wieder erkennbar werden“ und „Kein Asyl dem Drogendeal“, die auch in Hilden zahlreich verklebt wurden.

Da es der Stadt Hilden leider nicht gelungen ist den Verkauf des Hauses Richrather-Str. 195 an Lemmer u. Nagels zu verhindern, haben wir uns entschlossen Lemmer, Szeplaki, Holzschneider und Co zu zeigen, dass sie in Hilden nicht willkommen sind. Unter dem Motto „VGR - stoppen !!“ wollen wir am 18. Mai um 12.00 Uhr demonstrieren. Losgehen soll es am Hauptbahnhof- Hilden, die Route muss noch vom Hildener Ordnungsamt, bzw. der Hildener Polizei, genehmigt werden. Wir rufen alle Menschen in der Region dazu auf, an der Demonstration teilzunehmen und den Demoaufruf zu unterstützen.

Treffpunkt Hilden S- Bahnhof-Mitte, 18. Mai, 12.00 Uhr

Antifa Hilden ■

Schwere Niederlage für Schill in Sachsen-Anhalt

„Deutsche Konservative“ wollen Schill-Partei führen

Das Wahlergebnis aus Sachsen-Anhalt ist bekannt, die Schill-Partei brachte es auf lediglich 4,5% der Stimmen–- das war so nicht zu erwarten. Die Erklärungen aus Reihen der Partei, man habe „ein beachtliches Ergebnis für eine Partei erzielt, die nur wenige Wochen Zeit hatte, sich den Wählern vorzustellen“, klingen sehr nach dem Pfeifen im Walde. Dass die Schill-Partei nicht das zweifelsohne vorhandene rechte Potential (12,9% für die DVU vor vier Jahren) auszuschöpfen vermochte, liege, so eine Auffassung, an der Integrationskraft, die die CDU mit der Stoiber-Kandidatur nach rechts erworben habe. Entscheidender scheint mir aber, dass die Person des Spitzenkandidaten Ulrich Marseille, der zahlreiche Prozesse gegen das Land Sachsen-Anhalt führt, massiv geschadet hat: zu windig, zu sehr mit seinem eigenen wirtschaftlichen Vorteil beschäftigt.

Die Niederlage hat Konsequenzen, die Partei wird nicht zu den Bundestagswahlen antreten, jedenfalls soweit es nach dem Willen Schills geht. Er jedenfalls stehe nicht zur Verfügung. Dennoch liegen dem Bundesparteitag am 11. Mai in Hamburg zahlreiche Anträge auf Wahlbeteiligung vor: „Wenn wir nicht zur Bundestagswahl antreten, versündigen wir uns am deutschen Volk!“ Eine Nichtbeteiligung hingegen wäre „fatal und für die Mitglieder zutiefst demotivierend ...“ Das lässt auf Streit hoffen! Spannend wird auch, ob Schill und Co. weiterhin Zulauf von Ex- oder Noch-Abgeordneten v.a. der CDU bekommen, denn der sachsen-anhaltinische Dämpfer nimmt der Partei Möglichkeiten, Karrieristen attraktive Posten anbieten zu können. Auch der Nimbus des strahlenden und unbezwingbaren Sunnyboys aus Hamburg dürfte Schill vorerst flöten gegangen sein. Der politische Alltag wird einziehen.

In der Begründung für seinen Rückzug von den Bundestagswahlen formulierte Schill erneut sein strategisches Konzept eines rechten Wählerfangs, um diese Stimmen dann in einen konservativen Block einzubringen: Da man möglicherweise die 5%-Hürde nicht überspringe, schade man dem politischen Ziel. „Wir würden dem konservativen Lager Stimmen wegnehmen.“

In dieser strategischen Ausrichtung liegt der Anknüpfungspunkt zu den „Deutschen Konservativen“ (DK) um den dubiosen Joachim Siegerist, die sich seit einiger um die Schill-Partei bemüht. Man wäre gern der Strippenzieher hinter den Kulissen. In Sachsen-Anhalt finanzierten die DK mehrere ganzseitige Zeitungsanzeigen zugunsten der Schill-Partei. Dies, so jedenfalls Siegerist, habe er mit Marseille abgesprochen.

Die DK sind auch die erste Rechtsaußenorganisation, die eine eigenständige Publikation über die Schill-Partei herausgebracht hat. In einer Broschüre legt Carl Gustaf Ströhm die Anschauungen der DK dar. Ströhm war einst Osteuropakorrespondent der „Welt“ und Mitarbeiter der „Jungen Freiheit“.

Die Broschüre führt keine Programmdebatte, die Übereinstimmung der Schill-Partei mit den eigenen reaktionären Positionen wird gleichsam vorausgesetzt. Abgeglichen wird ausschließlich die Entwicklung der Schill-Partei mit den eigenen Ideen einer „4. Partei“. Das Konzept „4. Partei“ ist schon etwas älter und meint die parlamentarische Implementierung einer Gruppierung zwischen Union und offenem Faschismus, die sowohl die CDU/CSU nach rechts ziehen als ihr auch eine Koalitionsbildung möglichst ohne den „unsicheren Kantonisten“ FDP ermöglichen soll.

Ausgangspunkt aller Sorgen der DK (aber bekanntermaßen auch Schills) ist der „tiefe Einschnitt“ durch die „68er Revolte“, durch die „das bürgerliche Deutschland ... in seinen Grundfesten erschüttert und, wie man später sehen sollte, aus den Angeln gehoben“ wurde. „Vor allem aber: die sogenannte ‚68er-Generation‘ hat es – nicht ohne tatkräftige Mithilfe interessierter ausländischer Kreise – geschafft, die deutsche Geschichte vor und nach 1945 in dem Sinne umzuschreiben, dass daraus eine Geschichte nicht enden wollender und verdrängter deutscher Schuld wurde.“

Der nächste Einschnitt soll dann die „Wiedervereinigung“ gewesen sein, die in der Hauptsache natürlich emphatisch bejubelt wird, aber auch „zur Re-installierung und Rehabilitierung der zunächst bankrott gegangenen kommunistischen Kräfte und Ideen“ geführt habe. Zugleich habe die CDU bei der Umwandlung der BRD in einen „Antifa-Staat“ zugesehen. Aber nicht nur sei die CDU dergestalt vom konservativen Lager abgerückt, ihr fehle auch ein Koalitionspartner auf der Rechten, wodurch sie auf die FDP angewiesen sei. Das rechte Korrektiv fehle. Schill biete in dieser Situation die Möglichkeit einer „bürgerliche(n) Alternative“.

Umso größer ist die Enttäuschung nun bei den DK über die Schill-Niederlage von Sachsen-Anhalt. Man ist sauer auf die Partei, die zu viele Fehler begangen habe:

„1. Es war falsch, einen leicht zu bekämpfenden ‚Millionen-Wessi‘ als Spitzenfigur ausgerechnet nach Sachsen-Anhalt zu schicken.“ Man hätte sich, 2., nicht von den Rechten abzugrenzen suchen dürfen. Der Wahlkampf ist, 3., amateurhaft geführt worden. Angebliche FDP-Mitglieder, die zur Schill-Partei hätten übertreten wollen, seien, 4., nicht einmal angehört worden. Dennoch will man weiter „kräftig“ am Ziel einer „konservative(n) Partei in Deutschland“ weiter arbeiten. Dabei steht für die DK die Option „Schill“ ganz weit oben auf der Liste. *F* ■

Am Wochenende 4./5. Mai hat die Schill-Partei in Mecklenburg-Vorpommern ihren bundesweit dritten Landesverband gegründet. Am Sonntag wählte der Gründungsparteitag den Präsidenten der Kassenärztlichen Vereinigung des Landes, Wolfgang Eckert, mit rund 95 Prozent der Stimmen zum Spitzenkandidaten für die bevorstehende Landtagswahl.

Anzeige

1. Mai 2002 in Frankreich :

Demonstrationen für Le Pen ...

Er hat mit Sicherheit für Le Pen gestimmt : Bei dem Aufmarsch des rechtsextremen Front National (FN) am 1. Mai lief ein etwa 50jähriger Mann unter den FN-Parteigängern mit, der anscheinend zeigen wollte, wie er sich einen „echten“ Franzosen vorstellt. Mit sichtlich weingerötetem Gesicht vor sich hintrottend, hatte er eine Baskenmütze über die Stirn gezogen und stemmte stolz ein Baguettebrot vor sich in die Luft. Was beim Großteil seiner Landsleute ein müdes Lächeln hervorrufen dürfte, werden die Franzosen in Karikaturen in- oder ausländischer Zeitungen so dargestellt, für ihn bildete es die Grundlage seines Stolzes.

Fier d‘être français (Stolz, Franzose zu sein) war denn auch einer der wenigen Slogans, den die Organisatoren der jährlich stattfindenden Parade zu Ehren der „Nationalheiligen“ Jeanne d’Arc zugelassen hatten. Neben einer Unmenge blau-weiß-roter Fahnen wurde ansonsten fast keine politische Meinungsäußerung zugelassen – aus Angst, den Medien einmal mehr Angriffsfläche für Berichte über offen faschistische Slogans oder Publikationen zu bieten.

Direkt neben mir wurde in der Menge ein Fernsehjournalist des Kanals France 3 mit Schlägen bedroht, weil er einen jüngeren Teilnehmer mit Bomberjacke, Gesichtsvermummung und schwarzen Schlägerhandschuhen zu filmen versuchte. Unter den jüngeren Teilnehmern war dieser Typus von FN-Sympathisant eindeutig in der Mehrheit, unter den Älteren dominierte eher der spießig-gepflegte Stil. Sichtbar wurde vor allem auch, dass die extreme Rechte nach wie vor ein Problem hat, ihre Anhängerschaft aktiv auf die Straße zu mobilisieren.

Der Front National bleibt derzeit überwiegend eine Wahlpartei, und keine Bewegung faschistischer Aktivisten. Hochrangige Kader der Partei hatten in der Periode zwischen 1992 und 1998 versucht, dies zu ändern. Sie wollten den FN durch Gründung eigener Gewerkschaften, Mietervereinigungen im sozialen Wohnungsbau und anderer Satellitenorganisationen in der Gesellschaft verankern. Doch anlässlich der innerparteilichen Krise zum Jahreswechsel 1998/99 hatte Le Pen genau diese Kader hinausgeworfen, um die alleinige Kontrolle über die Partei zurückzuerlangen.

Die Basisaktivitäten außerhalb von Wahlkämpfen sind seitdem stark reduziert worden. Beobachter befürchten jedoch, dass sich das nun wieder ändern könnte. Zumal sich die Anzeichen auf eine Wiederannäherung des FN und seines Spaltprodukts von 1999, des Mouvement National Républicain (MNR), an der Basis häufen. Eine Reihe bisheriger MNR-Kader waren zum Aufmarsch der Konkurrenzpartei am 1. Mai gekommen, so der Rassenideologe Pierre Vial oder der Bürgermeister von Marignane, Daniel Simonpieri. Beide scheinen dem MNR allerdings den Rücken zu kehren.

Pierre Vial hatte im Oktober 2001 den MNR verlassen, weil dieser ihm zu gemäßigt erschien. Zuvor hatte Mégret die Unterstützung der USA in ihrem Krieg in Afghanistan, sowie die Unterstützung des Präsidentschaftskandidaten Jacques Chirac in einer voraussichtlichen Stichwahl gegen den Sozialdemokraten Lionel Jospin angekündigt. (Nachdem nun Le Pen den Amtsinhaber Chirac in der Stichwahl herausforderte, was nicht vorher absehbar war, hat Mégret sofort einen Wahlaufruf zugunsten von Jean-Marie Le Pen erlassen. Wohl auch, weil er ahnen konnte, dass es viele seiner Parteigänger jetzt zurück in Richtung FN ziehen könnte.) Im Frühjahr 2002 hatte Vial bereits seine Unterstützungs-Unterschrift als „Wahlpate“, die er als Regionalparlamentarier in Lyon abgeben kann, an Jean-Marie Le Pen erteilt. Simonpieri, bisher einer von zwei MNR-Bürgermeistern (neben Catherine Mégret), war im Frühjahr 2001 mit Mégret aneinandergeraten, weil beide zur Parlamentswahl im Juni dieses Jahres im – als sicher geltenden – Wahlkreis Vitrolles/ Marignane zu kandidieren beabsichtig(t)en. Ende April dieses Jahres hat Simonpieri jetzt öffentlich verkündet, er habe seinen Mitgliedsbeitrag für das Jahr 2002 beim MNR nicht bezahlt. Stattdessen sah man in bei der 1. Mai-Demonstration des FN.

An jener nahmen auch Teile der ultraradikalen MNR-Jugend teil. Anlässlich der MNR-Tagung am Wochenende des 27/28. April, eine Woche nach der Präsidentschaftswahl, hatten mehrere Debattenredner eine geschlossene Teilnahme ihrer Partei gefordert, die allerdings abgelehnt wurde. Hingegen kritisierten andere, und vor allem Neumitglieder, die nicht bereits dem „alten“ FN vor der Parteispaltung angehört hatten (sondern direkt dem MNR nach 1999 beitraten), eine zu geringe Distanz zu Le Pen. Mégret musste das Ruder zwischen beiden Strömungen in der Mitte halten. In den Tagen vor der Präsidentschaftswahl hatte die Boulevardzeitung „France Soir“ (16. April 02) über eine mögliche Aufnahme des MNR Mégrets in die künftige konservative Sammlungspartei spekuliert, die damals als UEM (Union en mouvement, Union in Bewegung) angekündigt war und jetzt demnächst als UPM (Union für die Präsidenten-Mehrheit) gegründet werden wird. Das Boulevardblatt „France Soir“ zitierte (anonym bleibende) konservative Führungspolitiker, die eine Aufnahme der Mégret-Anhänger in eine Einheitspartei auf der Rechten explizit nicht ausschließen wollten. (Das Ganze vor dem Hintergrund des absehbaren geringen Wahlerfolgs Mégrets.) Der sofortige Wahlaufruf Bruno Mégrets vom Abend des 21. April, für Le Pen zu stimmen, dürfte diese Tür aber wohl definitiv verschlossen haben.

Jean-Marie Le Pen seinerseits wollte in der Woche nach dem 21. April, auf einer Pressekonferenz am Parteisitz des FN in Saint-Cloud, ein Wahlabkommen mit dem MNR zu den Parlamentswahlen im Juni nicht mehr definitiv ausschließen. Jedenfalls wollte er in dieser Hinsicht „mal sehen“. Dies berichtete die Pariser Abendzeitung „Le Monde“ in ihrer Ausgabe vom 28./29. April 02. Am Ende hatte die extreme Rechte, aus Sicherheitsgründen, durch die Polizeipräfektur nicht die riesige Place de la Concorde zur Verfügung gestellt bekommen. Das war allerdings in ihrem eigenen Sinne auch besser so. Aus diesem Grund demonstrierten die FN-Parteigänger, wie gehabt, dem Seineufer entlang bis zum – überschaubaren – Vorplatz der Pariser Oper.

Um die 10.000 Teilnehmer waren in diesem Jahr gekommen, um – wie in jedem Jahr seit 1988 – der fast anderthalbstündigen Rede von Präsidentschaftskandidat Jean-Marie Le Pen zuzuhören. Anders als sonst, stand der dieses Mal allein (also ohne die Führungskader des FN) auf der Bühne, um eine maximale personality show hinzulegen. Die Teilnehmerzahl war fast dreimal so hoch wie im Vorjahr, aber dieses Mal hatte die Partei auch kostenlose Busse aus allen französischen Städten zur Verfügung gestellt.

Damit spottet die Mobilisierung der FN-Sympathisanten jedem Vergleich mit jener zu der Gegendemonstration, die einige Stunden später über die Pariser Boulevards zog. Eine Übersicht über das Menschenmeer zu erhalten, war unmöglich: Aus Platzmangel ergoss sich der Demonstrantenstrom entlang dreier verschiedener Routen gleichzeitig von der Place de la République aus in Richtung Place de la Nation. Und selbst am Rande eines der drei Protestzüge dauerte es geschlagene fünf Stunden, bis die DemonstrantInnen vorübergezogen waren. Polizei und Fernsehstationen konnten sich nur durch den Einsatz mehrerer Hubschauer einen Überblick verschaffen.

... aber vor allem gegen Le Pen

Mit 500.000 gaben sie im Anschluss die Zahl der Pariser Demoteilnehmer an. In anderen französischen Groß- und Kleinstädten demonstrierten am gleichen Tag mindestens 800.000 weitere Personen. Bereits in der Woche, die auf den ersten Wahlgang am 21. April folgte, hatten täglich mehrere Zehn- oder Hunderttausende Personen, vor allem Schüler und Studierende, gege Le Pen demonstriert.

Inhaltlich steht zum einen die Denunzierung jener Positionen des rechtsextremen Politikers, die auf der Vorstellung einer „natürlichen Ungleichheit" zwischen den Menschen und darin begründeter unterschiedlicher Rechte beruhen, im Vordergrund. Oft werden die diesbezüglichen Slogans an die Thematik der Einwanderungspolitik geknüpft. Eine der beliebtesten Demoparolen lautet: „Nicht die Schwarzen, nicht die Araber, nicht die Juden sind zu viel im Land – Le Pen und seine Faschisten sind zu viel."

Stichwahl am 5. Mai :

Frankreich zieht die Klospülung – fürs Erste

„Mit 74 Jahren werde ich keine Karriere als Demokrat mehr beginnen": Diese Worte ließ die linksalternative Wochenzeitung *Charlie Hebdo* vorige Woche den rechtsextremen Präsidentschaftskandidaten Jean-Marie Le Pen mittels einer Karikatur sagen. Die Antwort auf Le Pen war treffend.

Der Präsident des Front National (FN) hatte vorige Woche eine historische Aussage des Präsidenten Charles de Gaulle paraphrasiert. Jener war im Frühsommer 1958 durch einen Militärputsch im – damals noch französischen, aber bereits heftig umkämpften – Algier an die Macht gekommen und schickte sich an, das Regime der schwachen Vierten Republik durch eine neue Präsidialrepublik abzulösen. Auf einer Pressekonferenz erklärte er, auf kritische Nachfragen eines KP-nahen Journalisten hin: „Mit 67 Jahren werde ich keine Diktatorenkarriere mehr beginnen." Damit wollte er die Ängste vor dem Beginn eines autoritären Regimes beruhigen. Le Pen hatte es nun kurz vor der Wahl im französischen Fernsehen De Gaulle gleichzutun versucht: „In meinem Alter werde ich..." Doch die seit 1956 ununterbrochene rechtsextreme Politikerlaufbahn des FN-Präsidenten spricht in dieser Hinsicht gegen ihn.

Eine Karriere als Präsident wird Jean-Marie Le Pen nun auch nicht mehr beginnen. Dass er in der Stichwahl am 5. Mai gegen Amtsinhaber Jacques Chirac nicht gewinnen würde, war vorher abzusehen. Doch seine Niederlage fiel deutlicher als von vielen Beobachtern erwartet aus, jedenfalls im Prozentergebnis. Denn entgegen vieler Erwartungen ist die Wahlbeteiligung zwischen beiden Wahlgängen nicht gesunken, sondern um 8 Prozent angestiegen – die Wahlenthaltung sank von zuvor über 27 Prozent auf nunmehr 19,26 Prozent. Gerade die Linkswählerschaft hat sich also deutlich gegen den neo- oder altfaschistischen Kandidaten Le Pen mobilisiert, ohne allerdings Jacques Chirac deswegen einen Blankoscheck auszustellen – wie dieser bei der nächsten sozialen Krise bald feststellen dürfte.

Das französische Fernsehen konnte am Wahlabend, vor Bekanntgabe der Ergebnisse, aus Arbeiterbezirken etwa im (KP-regierten) nordfranzösischen Lille beispielsweise von einer älteren Wählerin berichten, die zum ersten Mal seit 1981 an die Urne ging. In Folge der Wahl von Präsident François Mitterrand und der Bildung der sozialistisch-kommunistischen Koalition (1981-84) war sie derart von der Regierungspolitik enttäuscht, dass sie nie wieder wählen ging. Die Präsenz des Rechtsextremen Le Pen hat sie nunmehr doch noch an die Urne gebracht. Das Votum vom Sonntag stellt also eher „ein Referendum gegen die extreme Rechte" dar, wie es auf vielen Plakaten in den Demonstrationen gefordert worden war, und mitnichten eine positive Stimmabgabe für Chirac. Ein anderes Plakat hatte vorige Woche schlicht gefordert: „Am 5. Mai: Zieht die Spülung am Klo" – unter dem Slogan sah man Le Pen am entsprechenden Örtchen.

Jean-Marie Le Pen erhielt im Prozentergebnis 17,94 Prozent der Stimmen. Damit liegt er prozentual unterhalb des gemeinsamen Ergebnisses von Le Pen (17 Prozent) und Mégret (2,3 Prozent) im ersten Wahlgang. In absoluten Zahlen allerdings gelang ihm ein leichter Zuwachs: von 5,4 Millionen Stimmen, die am 21. April für beide rechtsextremen Kandidaten zusammen abgegeben wurde, gelang ihm der Sprung auf 5,8 Millionen Stimmen.

Für eine detaillierte Analyse der Herkunft dieser Wähler liegt noch kein Zahlenmaterial vor, da die Auswertung des zweiten Wahlgangs bei unserem Redaktionsschluss noch nicht erfolgt ist. In der kommenden Ausgabe werden wir daher die Zusammensetzung der rechtsextremen Wählerschaft aus beiden Wahlgängen näher untersuchen.

Auf jeden Fall steht fest, dass das Resultat vom 5. Mai eine klare Niederlage für die „Strategie Le Pen" innerhalb der extremen Rechten darstellt: die Linie des „Allein gegen alle". Ohne Bündnispartner innerhalb des konservativen Blocks bleibt der extremen Rechten der Weg an die Macht(beteiligung) dauerhaft versperrt. Nur in geringem Maße konnte die extreme Rechte über ihr bereits abgestecktes, gesellschaftliches Lager hinaus Stimmen an sich ziehen.

Jean-Marie Le Pen beglückwünschte sich am Wahlabend dazu, dass „der nationale Block" – in seinen Worten – „stabil geblieben" sei und dem politischen Druck der 14 Tage zwischen den Wahlgängen standgehalten habe. FN-Generalsekretär Carl Lang beschrieb letzteren in einer Fernsehdebatte am Wahlabend als „eine Gehirnwäsche wie in einem Umerziehungslager von Pol Pot".

Allerdings wäre definitive Beruhigung absolut fehl am Platze: Zum Einen hat Le Pen immerhin gezeigt, dass er über ein stabilisiertes Wählerpotenzial verfügt, das auch dann für ihn stimmt, wenn die Frage gestellt ist, ob Le Pen wirklich an die Regierungsmacht gelangen soll. Insofern hat Carl Lang also Recht, wenn er in der gleichen Debatte feststellte: „Unsere Wählerschaft ist keine ‚Protestwählerschaft' mehr, sondern stimmt tatsächlich (unseren Ideen) zu". Zum Zweiten hat sich der von Le Pen ausgemalte Block zu einem Zeitpunkt auf so hohem Niveau stabilisiert, zu dem jedenfalls keine extrem zugespitzte ökonomische Krise vorherrscht. Zum Dritten kann sich die Bündnisfrage in einigen Jahren möglicherweise anders stellen als heute. *Bhs, Paris* ■

Eine Abwandlung davon bezieht die „illegalen“ Immigranten mit ein, deren endgültige rechtliche Absicherung auch die bisherige sozialistische Regierung in vielen Fällen verweigert hatte: „Nicht die Einwanderer, nicht die Sans-papiers muss man rauswerfen – Le Pen und seine Faschisten muss man rauswerfen.“ Neben radikal linken Demonstranten haben auch grüne und selbst jungsozialistische Parteigänger diesen Slogan übernommen. Die Mobilisierung zugunsten der „Papierlosen“ ist im übrigen in den letzten Wochen mit den Demonstrationen gegen Le Pen zusammengeflossen, denn am 23. März waren rund 60 „illegal“ in Frankreich lebende Einwanderer von Marseille aus losgegangen, um – zu Fuß – ganz Frankreich in einem symbolischen Protestmarsch zu durchqueren. Am Samstag, 27. April kamen sie in Paris an. Zunächst führten sie mit mehreren tausend Unterstützern eine eigenständige Demmonstration durch die ärmeren Nordbezirke der Hauptstadt durch, wo zahlreiche Immigranten vom Straßenrand aus applaudierten. Im Anschluss stellten sie sich an die Spitze der großen Anti-Le Pen-Demonstration mit mindestens 50.000 Teilnehmern, die zwei Stunden später begann.

Daneben ist auch die Kritik an den Medien, insbesondere am Fernsehen, und dem von ihnen transportierten Diskurs über die „verbreitete Unsicherheit“ ein wichtiger Aspekt in den Demonstrationen. Schmeißt den Fernseher aus dem Fenster, fangt an zu denken“ oder auch „Schaltet die Flimmerkiste aus und hört auf, jeden Tag um 20 Uhr Angst zu haben“ ist des öfteren auf Schildern und Transparenten zu lesen. Tatsächlich hat insbesondere der, vor einigen Jahren privatisierte, erste Fernsehkanal TF1 eine bedeutende Rolle in der Verbreitung dieses Unsicherheitsgefühlts gespielt.

Wer in den letzten zwölf Monaten ans Bett gefesselt und mit dem Land nur durch die 13 Uhr- und die 20 Uhr-Nachrichten von TF1 verbunden gewesen wäre, würde sich heute möglicherweise ohne schusssichere Weste gar nicht mehr vor die Tür trauen. Die permanente, extrem übertonte Berichterstattung über Randale in Trabantenstädten oder spektakuläre Einzel-Straftaten musste den Eindruck erwecken, längst in einem Bürgerkriegsland zu leben. Die Situation in den Banlieues, wo sich die sozialen Probleme in extremer Form konzentrieren, wirkte dabei wie ein Brennglas. Die Fernsehberichte konzentrierten die Aufmerksamkeit der gesamten Nation auf diesen Fokus. Ein Demonstrant brachte die politische Katalysatorenwirkung dieses Mediums in schlichter Form auf den Punkt: „TFN“ hatte er auf ein Schild geschrieben. Ausgesprochen klingt das ähnlich wie TF1, kombiniert den Namen des Senders aber mit jenem der Partei der Lepenisten.

Ferner spielte die Aufforderung, am Sonntag zur Wahl zu gehen und „gegen Le Pen“ zu stimmen, eine zentrale Rolle in den Demonstrationen. Allerdings nicht aus Zustimmung für seinen Gegenkandidaten, den bisherigen Amtsinhaber Jacques Chirac. Denn seine Parteigänger waren im Regelfall nicht auf der Straße. Erst am vorigen Donnerstag bezog sich Chirac in seiner letzten Rede vor der Stichwahl erstmals positiv auf die Demonstrationen, nachdem sein Ex-Premierminister Alain Juppé und andere konservative Politiker sie zuvor als eher schädlichen Radau abgetan hatten. „Votez escroc contre facho“ (Stimmt für den Betrüger, gegen den Faschisten) lautete eine Parole, die sich noch am Wahlabend des ersten Durchgangs wie ein Lauffeuer ausgebreitet hatte. „Aufgrund einer demokratischen Störung wird Chirac vorübergehend wiedergewählt. Wir bitten Sie um Ihr Verständnis“ (Hervorhebung im Originalton), proklamierten andere im Stil der Meldung einer technischen Panne.

Auf unzähligen Schildern wurden Gummihandschuhe oder Wäscheklammern mitgeführt, die man sich vor der Stimmabgabe für Chirac über die Hände stülpen bzw. auf die Nase setzen solle. Diese Geisteshaltung breitete sich solcherart aus, dass das – gemeinhin nicht sehr humorvolle – Verfassungsgericht es für angebracht erhielt, Ende voriger Woche eine rechtliche Stellungnahme abzugeben. Eine „äußere Manifestation“ in Form solcher Utensilien in den Wahlbüros sei geeignet, warnten die hohen Richter vor, zu Anfechtungen der Wahlprozedur zu führen.

Kein „Burgfrieden“ mit den Konservativen

Den „front républicain“ aller staatstragenden Parteien gegen die extreme Rechte, von dem zu Anfang der neunziger Jahre viel die Rede war, will im Moment so gut wie niemand. Damals, im Kontext der Großdemonstration gegen Le Pen nach der antisemistischen Friedhofsschändung von Carpentras im Mai 1990, hatten die regierenden Sozialdemokraten der „republikanischen Frontbildung“ mit den Konservativen das Wort geredet. Deren erste Manifestation war, dass die Sozialdemokratie die Forderung nach dem Wahlrecht für Immigranten aus ihrem Parteiprogramm strich, um der Rechten entgegenzukommen.

Diese Burgfriedenspolitik zwischen Links und Rechts könne, davon sind die meisten linken Demonstranten überzeugt, nur dazu führen, dass man vom „kleineren Übel“ zu immer größeren Übeln komme. Ferner sei dies die beste Garantie dafür, dass Le Pen sich als alleinige Alternative zum „Kartell der Etablierten“ anbieten könne. Aber auch die konservative Rechte wünscht derzeit keine „republikanische Front“ mit den Linksparteien: Nach der Wiederwahl von Jacques Chirac will sie jetzt auch eine parlamentarische Mehrheit erzielen, um die Hände zum Regieren frei zu haben.

Dennoch bleibt der politische Horizont der Mehrzahl der jetzigen DemonstrantInnen begrenzt. Der größere Teil wurde durch eine Negativvision mobilisiert, die von Anfang an unrealistisch war – nämlich die Befürchtung, Le Pen könne ernsthaft zum Staatspräsidenten gewählt werden. Die Mehrheit der Demonstrierenden überschätzt zweifellos die kurzfristige Gefahr. Denn dass der FN-Chef ohne politische Bündnispartner außerhalb der extremen Rechten, „allein gegen alle“, eine Mehrheit erhalten könne, musste als ausgeschlossen gelten. Umgekehrt unterschätzen wahrscheinlich viele von ihnen die längerfristige Gefahr. Denn wie im Falle der jetzigen italienischen, dänischen oder österreichischen Regierungskoalitionen unter Einschluss von Rechtsextremen wird auch der FN nur in einem Bündnis mit konservativen Kräften an die Regierung gelangen können. Historisch gibt es kein Gegenbeispiel dazu, selbst die NSDAP gelangte im Bündnis mit den herrschenden Eliten und den ultra-konservativen Deutschnationalen an die Macht. Solche Bündnisse – für den Fall, dass der FN etwa seine prinzipielle Gegnerschaft zur Europäischen Union aufweicht – bahnen sich längst an. Die bürgerliche Rechte unter Chirac ist dabei mit Sicherheit auf Dauer kein verlässlicher Schutzwall. Zwei Mal in den vergangenen 14 Tagen saßen bei Chiracs Großveranstaltungen Politiker in der ersten Reihe, die 1998 – nach der letzten Wahl der Regionalparlamente – auf regionaler Ebene Bündnisse mit den Rechtsextremen eingegangen waren. So beispielsweise Charles Millon aus Lyon und Jacques Blanc aus Montpellier.

Die politische Linke stand durch die Straßenmobilisierungen unter Druck. Die etablierten Linksparteien wie Grüne und KP riefen ohne größeres Zögern zur Wahl von Jacques Chirac auf. Hingegen war ein solcher Wahlaufruf für die radikale Linke weitaus problematischer. Ihre verschiedenen Flügel reagierten am Ende auf unterschiedliche Weise. Die trotzkistische Partei Lutte Ouvrière (LO, Arbeiterkampf) rief dazu auf, ungültig zu stimmen. Dabei spielte sie allerdings in ihrer politischen Erklärung die Unterschiede zwischen Le Pen und Chirac auf ziemlich ökonomistische Weise herunter – beide seien Reaktionäre und Arbeiterfeinde. Die konkurrierende Ligue Communiste Révolutionnaire (LCR) nahm zunächst massiv an Mobilisierungen gegen „den Faschisten“ Le Pen teil, maß dabei aber der Straße und der gesellschaftlichen Mobilisierung mehr Bedeutung zu als dem Wahlakt am Sonntag. Der gesellschaftliche Druck trieb sie einige Tage später dazu, zur Stimmabgabe „gegen Le Pen“ aufzurufen, ohne sich jedoch positiv auf Chirac zu beziehen. Noch am Wahlabend organisierte sie eine Demonstration gegen den Wahlsieger Chirac, zu der auch die Anarchosyndikalisten der CNT und die Kommunistische Partei aufriefen. 6000 bis 8000 Menschen versprachen dem neuen Präsidenten, er könne sich nicht auf seinen augenblicklichen Lorbeeren ausruhen. Das waren mehr als die 3000, die unterdessen auf der Place de la République den erwarteten Wahlsieg Chrics feierten. Auf die Legitimität seiner Wahl unter solchen Umständen wird er jedenfalls nichts besonders bauen können, sobald die nächste soziale Krise eintritt. *Bernhard Schmid, Paris* ■

Ausländerzentralregister abschalten!

KÖLN. Für den 25. Mai rufen antifaschistische, antirassistische und Bürgerrechts-Gruppen zu einer zentralen Demonstration gegen das Ausländerzentralregister (AZR) in Köln auf:

„Das Ausländerzentralregister ist das zentrale Instrument der rassistischen Sondererfassung aller Menschen ohne deutschen Pass. Mit dem AZR wurde (in den 50er Jahren) ein Informationsverbund von Ausländerbehörden, Bundesgrenzschutz (BGS), Zoll, Justiz, Arbeitsämtern, Geheimdiensten und Polizei geschaffen, und das machte es zu einem zentralen Netzknoten der staatlichen Sicherheitsorgane... Nicht nur das verfassungsrechtlich verankerte Trennungsgebot von Polizei und Geheimdiensten wurde hierbei aufgehoben, sondern neben Personalien, Herkunftsland, Aufenthaltsstatus wurden auch ungesicherte Informationen über die Person und ihre familiäre und soziale Situation gespeichert. Kurz: die gesamten persönlichen Verhältnisse wurden und werden registriert... Nun schlägt Bundesinnenminister Schily mit Hochgeschwindigkeit Maßnahmen zur „Bekämpfung des Terrorismus“ vor ... Die neuen Sicherheitspakete ermöglichen der Polizei, dem BGS, dem Zoll, den Arbeitsämtern, Staatsanwaltschaften und Geheimdiensten den Zugriff auf die Datenbanken des AZR, auch ohne konkreten Verdacht oder Gefahr. Die Sozialämter wurden als Übermittlungsempfänger in den Datenverbund mit einbezogen. Diesen Behörden sowie den Sozial- und Ausländerbehörden wird nun ein automatisierter Online-Zugriff ermöglicht. Des weiteren darf der Bundesnachrichtendienst selbständig den Datenbestand rastern.

Die Einladenden und der angegebene Aufenthaltszweck sowie die hier lebenden Bezugspersonen sollen von der Ausländerbehörde überprüft werden. Die Fingerabdrücke von Flüchtlingen sollen nach der Asylentscheidung künftig zehn Jahre lang gespeichert werden und vom Bundeskriminalamt automatisch mit dem polizeilichen Tatortspurenbestand abgeglichen werden. Des weiteren sollen neben dem Bild sowie den Angaben zur Person und Fingerabdrücken nun auch biometrische Merkmale wie Hand- und Gesichtsform gespeichert werden. Die erhobenen Daten sollen maschinenlesbar und codiert auf den vorgesehenen Visa- und Aufenthaltsplaketten sowie in Ausweisersatzpapieren aufgenommen werden. Relevant ist dies nicht nur für Kontrollen und Behördenkontakte, sondern auch bei digitalem Bildabgleich im öffentlichen und halböffentlichen Raum. Mit Hilfe dieser Repressionsmaßnahmen wird ein präventiv-polizeiliches Konzept verfolgt. Nicht-Deutsche sind somit per se „tatverdächtig“. Bereits jetzt ist der Prozess der Erweiterung der Kontroll- und Erfassungsmechanismen erkennbar. Demnächst sollen in Pässen und Personalausweisen neben dem Lichtbild und der Unterschrift auch biometrische Merkmale von Fingern, Händen oder Gesicht gespeichert werden. Ebenfalls bietet die gesamte Smart-Card-Technologie ein enormes Ausweitungspotential ...

Das rot-grüne Sicherheitsprojekt perfektioniert die Verwertung von Menschen. Die genannten Kontrollmechanismen dienen der sozialen Kontrolle und der Bevölkerungsplanung. Mit dem Datenaustausch zwischen allen Behörden kann die Gesellschaft diszipliniert werden ... Die Demonstration gegen das AZR soll einerseits die rassistische Sonderbehandlung von MigrantInnen deutlich machen, andererseits aber auch die Vorstellung von Totalerfassung konkretisieren und den Widerstand dagegen formieren.“

Auftakt am 25.5.: 11.00 Uhr vor dem AZR Amsterdamer/Ecke Barbara Str. (ab Köln Hbf mit U19 / U17 Haltestelle Amsterdamer Gürtel), ab 13.00 Uhr Demonstration ab Ebertplatz, ab 16.30 Uhr Konzert mit Egotronic u.v.a. am Containerlager Kunftstr. (Haltestelle Kalk-Post)

Mehr zum AZR unter:
www.infoladen.net/koeln.

Internierungslager: NEIN!

MÜNCHEN. Ebenfalls am 25. Mai 2002, findet um 12 Uhr in München (Auftakt am Stachus) eine Demonstration statt. Die Münchner Gruppe der Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und Migrantinnen schreibt in ihrem Aufruf:

„Die Bundesrepublik Deutschland, einflussreiches Mitglied der Europäischen Union, behandelt das Problem der Flüchtlinge und MigrantInnen immer als ein Tabuthema. Mehrfach haben sie eine Diskussion über diese konkrete Frage völlig abgeblockt. Die BRD geht so weit, dass sie sogar andere Länder, die bislang eine liberalere Haltung zum Asylrecht und zur gesellschaftlichen Integration einnahmen (zum Beispiel Italien), beeinflusst, sich an die deutsche Abschiebepolitik anzupassen. Die mediale Kampagne der deutschen PolitikerInnen für die „Integration von Ausländern“ dient nur dazu, das deutsche Image im Ausland aufzupolieren – mit dem Ziel, ExpertInnen ins Land zu holen, die sie so dringend brauchen. In Wirklichkeit setzen sie eine Maschinerie der massiven Kriminalisierung, Diskriminierung, Isolation und Abschiebung von Flüchtlingen und MigrantInnen in Gang. Wir setzen darauf, unseren Kampf gegen das Säuberungsprojekt von Herrn Schily und Herrn Beckstein zu verstärken, wir wollen die öffentliche Meinung in Deutschland für die Gefahr sensibilisieren, die durch dieses Projekt entsteht. Hier ein konkretes Beispiel:

Die bayerische Regierung hat durch ihren Innenminister ein Projekt zur Einrichtung neuer Internierungslager für Flüchtlinge in die Wege geleitet, das im Sommer 2002 beginnen soll. Beckstein hat die Absicht, zuallererst Menschen, die momentan einen „Duldungs“-Status haben, in diese Lager einzuweisen. Was wird in diesen Internierungslagern geschehen?

• Die Menschen müssen sich Befragungen in Gegenwart von BotschaftsvertreterInnen unterziehen, mit dem Ziel Reisepapiere für die Abschiebung auszustellen.

• Den Personen wird eine regelmäßige behördliche Meldepflicht auferlegt; sie dürfen nicht arbeiten und haben nicht einmal Anspruch auf die 40 Euro, die der bayerische Staat ansonsten allen Asylbe-

weiter auf Seite 12

www.abschiebehaft.de
Vernetzung gegen Abschiebehaft
no detention! no deportation!
Infos | Termine | Artikel | Urteile | Adressen

werberInnen ohne Arbeitserlaubnis zugesteht;

• Offiziell sind diese Lager keine Gefängnisse, aber der Unterschied ist nur sehr gering! Wenn sich eine Person weigert, in ein solches Internierungslager zu gehen, kann sie ohne weiteres Prozedere in Abschiebehaft genommen werden.

Sagen wir NEIN zu diesen unmenschlichen Internierungslagern! Die Karawane verurteilt solche rassistischen Methoden, wir wollen freiere Behausungen anstatt Internierungslager! Wohlgemerkt: Dieses Problem betrifft nicht nur die Personen mit „Duldungs"- Status, sondern vielmehr alle Flüchtlinge! Wir Flüchtlinge werden nicht mutlos den Kopf hängen lassen, wir werden weiterhin dafür kämpfen, dass unsere Stimme gehört wird und wir unsere Rechte bekommen.

Kontakt zur Karawane in München:
Karawane, c/o Kulturladen Westend,
Ligsalzstrasse 20, 80339 München
http://www.humanrights.de ■

Jubiläumsgeschenk für Flüchtlinge: Abschiebung in den Kosovo

STUTTGART. Der AK ASYL prangert an, dass ausgerechnet zum Landesjubiläum 50 Jahre Baden-Württemberg kosovarische Flüchtlinge am 25.4. aus ihren Betten und zum Landesflughafen Söllingen verbracht wurden, wo gegen 11 Uhr das Abschiebeflugzeug abhob. Eine aufgewühlte vierköpfige Kosovarenfamilie rief aus Söllingen beim AK Asyl an und bat flehentlich um Hilfe. Ein Brief vom 6.3.02 an die Stuttgarter Ausländerbehörde, den nach tätlichen UCK-Übergriffen auf ihn psychisch angeknacksten Vater und Ehemann auf seine Reisefähigkeit hin amtsärztlich zu untersuchen, blieb bis zur Stunde unbeantwortet. Ein entsprechendes fachärztliches Attest wurde ignoriert. Ein ähnliches Schicksal widerfuhr einer Familie, die viele Jahre bei einem Unternehmer arbeitete, der sich empört an den AK ASYL wegen seines nun verlorenen bewährten Mitarbeiters wandte. Der AK ASYL kritisiert, dass nach dem Auslaufen des sogenannten Wintererlasses am 31.3.02 seit dem 1. April 02 Donnerstag für Donnerstag über Söllingen mit unnachgiebiger Härte abgeschoben wird. AK ASYL-Sprecher Werner Baumgarten: „Wenn Menschen zum Teil mehr als ein Jahrzehnt hier leben und arbeiten, ihre Kinder hier geboren wurden und aufgewachsen sind, tun sie sich schwer, in eine krisengeschüttelte Region zurückzukehren. Ein Arbeitswechsel oder das Stellen eines Asylantrags haben oft vereitelt, unter den Mittelstandserlass zu fallen. Augenmaß bei den Rückkehrmaßnahmen wäre angesagter als rigoros Kinder, Frauen und Männer abzuschieben." ■

Frieden für Israel und Palästina

Das fehlt noch: Deutsche an die Nahostfront

Mit der Bombardierung Jugoslawiens ab März 1999 ist die Welt in eine neue Phase der Militarisierung und der Kriegstendenz getreten. Krieg zu führen, scheint sich wieder zu lohnen. Der verbrecherische Anschlag vom 11. September 2001 wurde zum Anlass für ein noch gewaltigeres Kriegsprogramm genommen; weltweit und hierzulande wird massiv für neue Kriege gerüstet. Als unmittelbare Folge dieser Signale gab es Auftrieb für militaristische Hardliner in der Konfliktherden, wie Indien/Pakistan, Israel/Palästina und Kaukasus. Während der als „Globalisierung" beschönigte Kapitalismus die Lebensgrundlagen einer wachsenden Zahl von Menschen zerstört, gewinnen weltweit nationalistische und religiöse Einpeitscher Zulauf. Vor diesem Hintergrund ist es nur eine Frage der Zeit, wann die Gewalt in den genannten Konfliktherden explodiert. In Israel/Palästina ist sie explodiert.

Mit der Wahl von Ariel Sharon hat in Israel ein militaristischer Hardliner das Ruder übernommen. Auf Seiten der Palästinenser sieht es nicht besser aus: Hamas und Hisbollah gewinnen an Einfluss, Kinder werden zu lebenden Bomben instrumentalisiert; linke laizistische Kräfte, die noch in der Intifada 1987 dominant waren, wurden an den Rand gedrückt. Der Kampf maßgeblicher Kreise der Palästinenser richtet sich längst nicht mehr nur gegen die Besatzung, sondern gegen Israel selbst oder gar gegen alle Juden. Selbstmordanschläge auf Zivilisten lassen keinen anderen Schluss zu.

Jeder Bombenanschlag auf israelische Zivilisten, jedes Massaker an palästinensischen Flüchtlingen durch das israelische Militär scheint die „Selffulfilling Prophecy" der jeweiligen Hardliner der anderen Seite zu bestätigen: Mit „den Israelis" respektive „Palästinensern" ist ein Frieden unmöglich.

Der Ruf nach einem internationalen Eingreifen einer starken neutralen „dritten Macht" – der UNO, der USA und/oder Europas – wird von Tag zu Tag lauter. Eine solche neutrale Macht gibt es jedoch nicht. Auch der UN-Weltsicherheitsrat ist diese Macht nicht. Eine Macht, die nur der UNO-Charta – der gesamten Charta – verpflichtet wäre, gibt es nicht.

Es hat sich auch in der deutschen Friedensbewegung eine unhistorische Haltung ergeben: Aus der UN-Charta wird nie der Passus zitiert, der eine militärische Aktion der Deutschen von vornherein verbietet (Feindstaatenklausel). Und es war kein Aufschrei zu vernehmen, als ein UN-Einsatz mit Militär – auch mit deutschen Soldaten – auf der Grundlage einer die Feindstaatenklausel negierenden Auslegung der UNO-Charta erwogen wurde.

Die UNO, einst aus den Lehren des zweiten Weltkriegs gegründet, ist zunehmend zu einem Anhängsel der NATO bzw. der westlichen Großmächte degeneriert. Beschlüsse der UN-Vollversammlung werden nicht ernst genommen. Gerade die Kriege gegen Jugoslawien und Afghanistan haben die Rolle der UNO weiter geschwächt, ihr bestenfalls die Rolle von Aufräumarbeiten nach dem Krieg zugewiesen.

USA und Europa verfolgen im Nahen Osten in Konkurrenz eigene geostrategische Interessen; das Schicksal der Palästinenser und der Israelis dient dabei bestenfalls als Vorwand. Für die USA geht es primär darum, freie Hand für einen Krieg gegen den Irak zu bekommen. Die EU will in Nahost eigene Einflusszonen auf Kosten der USA bekommen. Für Deutschland bietet der israelisch-palästinensische Krieg die Chance endlich die letzte Grenze zu überschreiten, die es durch die Niederlage im zweiten Weltkrieg noch hat.

Die Geschichte Israels – wie auch immer man seine Politik beurteilen mag – ist ohne die Geschichte des Antisemitismus und der Shoa – dem bislang größten Menschheitsverbrechen, der industriellen Ermordung von sechs der sieben Millionen europäischen Juden durch die Deutschen – nicht zu verstehen. Der Antisemitismus ist leider kein Relikt der Vergangenheit, sondern bittere Realität auch und

gerade in Deutschland. Ob in seiner manifesten Form bei den alten und neuen Nazis oder seiner latenten Form bei Teilen der gegenwärtigen Anti-Israel-Demonstrationen.

Es ist schier unerträglich, wie selbstverständlich deutsche Politiker und Teile der Anti-Israel-Demonstranten die israelische Politik mit dem Nazifaschismus gleichsetzen: 1999 haben sich linke jüdische Antifaschisten wie Esther Bejarano, Peter Gingold und Kurt Goldstein in einem Offenen Brief an die Minister Fischer und Scharping „gegen eine neue Art der Auschwitz-Lüge“ gewandt. Das verbrecherische Vorgehen der NATO gegen Serbien wurde von der Bundesregierung mit der Abwendung eines neuen Auschwitz begründet. Jetzt heißt es sogar bei Linken, in Nahost sei „ein unschuldiges Volk den Nazi-Methoden einer rücksichtslosen Militärmacht schutzlos ausgeliefert“ (Ex-MdL der Grünen Jamal Karsli). Flüchtlingslager mutieren zu KZs, der Davidstern zum Hakenkreuz. Biblische Bilder wie „David gegen Goliath“ oder Parolen wie „Israel - Kindermörder“ und „gegen Israels Vernichtungskrieg“ sollen die Stimmung weiter aufheizen.

Wer die israelisch-palästinensische Tragödie derart einseitig reduziert und den völkischen Nationalismus und Antisemitismus bagatellisiert, dem geht es nicht um Lösung, sondern um Eskalation und die Entlastung Deutschlands. Wie schon im Vorfeld des Jugoslawienkrieges, soll die Stimmung für einen deutschen Militäreinsatz vorbereitet werden. Während Kanzler Schröder diesen auf einer Kommandeurstagung der Bundeswehr in Hannover forderte, stellt Fischers „Ideenpapier“ den politischen Rahmen einer solchen Intervention dar. Zynischerweise begründet das Auswärtige Amt „das deutsche Eintreten für den Einsatz einer ‚handlungsfähigen dritten Macht‘ mit den Erfahrungen bei der Friedenssuche auf dem Balkan“ (FAZ, 14.4. 02).

Was es heißt, wenn deutsche Herrenmenschen in Uniform in Jerusalem auf Juden und Palästinenser schießen oder Stacheldraht ziehen, mag sich jeder selbst ausmalen. Deutsche Soldaten würden den Konflikt weiter anheizen.

In manchen sich „Friedensinitiativen“ nennenden Bündnissen werden die Selbstmordattentäter, die jede Zusammenarbeit zwischen palästinensischen und israelischen Friedenskräften verunmöglichen, unwidersprochen als „die wahren Helden“ hochstilisiert. Jede Kritik daran, jede Kritik an deutschen Waffenlieferungen in die Region, jede Kritik an einem möglichen deutschen Militäreinsatz werden in manchen Aufrufen bewusst herausgelassen. Stattdessen wird der Schulterschluss mit Politikern gesucht, die schon im Jugoslawien- und Afghanistankrieg innenpolitischer Kriegsschrittmacher waren. Wer sich aber mit Kriegstreibern zusammentut, dient nicht dem Frieden.

Worum geht es?

Zunächst einmal gilt es Schlimmeres zu verhindern. Ein deutscher Militäreinsatz wäre Schlimmeres. Ferner gilt es hier jeder Form von Antisemitismus und Rassismus entschieden entgegenzutreten: Das heißt ebenso Synagogen zu schützen, wenn sie zur Zielscheibe anti-israelischer Demonstrationen werden, wie gegen jeden anti-arabischen Rassismus vorzugehen.

Des weiteren muss der deutsche Kriegkurs gestoppt werden. Gestoppt werden muss Scharpings Aufrüstungsprogramm. Deutsche Soldaten raus aus Bosnien, Jugoslawien, Mazedonien, Georgien, Afghanistan, Kenia, Usbekistan, Dschibuti, Somalia! Kein viertes Protektorat in Israel/Palästina (nach Bosnien, Kosovo, Mazedonien). In Israel/Palästina gilt es, diejenigen Kräfte zu unterstützen, die der Eskalationsdynamik entgegentreten, wie marginalisiert die entsprechenden Gruppen gegenwärtig auch sein mögen. *Detlef Peikert / Ulrich Sander* ■

150 US-Wissenschaftler nehmen Stellung zum Appell der intellektuellen Kriegsbefürworter

Nach den monströsen Anschlägen vom 11. September 2001 erklärte US-Präsident George W. Bush einen zeitlich unbegrenzten „Krieg gegen den Terrorismus“. Der Krieg begann seine erste Etappe am 7. Oktober, als britische und US-amerikanische Kampfflugzeuge begannen Afghanistan zu bombardieren. Längst hat sich der Krieg auf weitere Schauplätze ausgedehnt: US-Militärs operieren auf den Philippinen, in Georgien, im Jemen und im Persischen Golf. Verbündete, darunter die Bundesrepublik Deutschland, assistieren den USA mit eigenen Truppenverbänden. Im Januar 2002 nahm Präsident Bush Nordkorea, Iran und Irak ins Visier: die „Achse des Bösen“, die Terroristen beherberge und Massenvernichtungswaffen herstelle. Wenig später wurde ein Strategiepapier aus dem Pentagon bekannt, wonach sich die USA in ihrem weltweiten „Kampf gegen den Terror“ sogar den Einsatz von Atomwaffen gegen Staaten vorbehalte, die selbst über keine Atomwaffen verfügen.

Lange Zeit hatte es den Anschein, als stehe die gesamte amerikanische Öffentlichkeit hinter ihrem Präsidenten und seinen Kriegen. Noch Mitte März publizierte eine Reihe zum Teil sehr angesehener Intellektueller (z.B. Francis Fukuyama, Samuel Huntington und Michael Walzer) einen Appell, worin sie ihre grundsätzliche Unterstützung für Bushs Kurs philosophisch und politisch begründen und dabei den längst für überholt geglaubten Begriff des „gerechten Kriegs“ wieder zum Leben erweckten. Dagegen meldete sich einen Monat später eine große Gruppe weiterer amerikanischer Intellektueller, unter ihnen der Schriftsteller Gore Vidal, der Historiker Howard Zinn, der Physiker Alan Sokal, der Katholische Bischof Thomas Gumbleton und die Ökonomen Edward Herman, Michael Perelman und Dean Baker, in einem „offenen Brief“ zu Wort. Der Brief, den wir im Folgenden in leicht gekürzter Form dokumentieren, ist an „unsere Freunde in Europa“ gerichtet und geht mit dem Antiterrorkampf der amerikanischen Regierung hart ins Gericht:

An unsere Freunde in Europa
Vorbemerkung

Der größte Trugschluss der Apologeten der US-Kriegspolitik ist die Gleichsetzung der „amerikanischen Werte“, so wie sie in unserem Land verstanden werden, mit der Ausübung von wirtschaftlicher und vor allem militärischer Macht der USA im Ausland.

Nach den Selbstmordanschlägen auf das World Trade Center in New York und das Pentagon in Washington am 11. September 2001 erklärte US-Präsident George W. Bush einen zeitlich unbegrenzten „Krieg gegen den Terrorismus“. Dieser Krieg kennt keine klaren Grenzen, weder räumlich, noch zeitlich, noch, was das Ausmaß an Zerstörung betrifft. Derzeit kann niemand vorhersagen, welches Land noch in den Verdacht geraten kann „Terroristen“ zu beherbergen oder zur „Achse des Bösen“ zu zählen. Die Ausrottung des „Bösen“ könnte viel länger dauern, als die Welt den dabei angewendeten Zerstörungskräften widerstehen kann. Schon jetzt setzt das Pentagon aus seinem immer perfekteren Arsenal des Schreckens Bomben ein, deren Auswirkungen einem Erdbeben gleichen, und zieht ganz offiziell den Einsatz von Nuklearwaffen in Betracht.

Die absehbare materielle Zerstörung geht ins Unermessliche. Dasselbe gilt für die menschlichen Verluste, nicht nur an Leben, sondern auch im Hinblick auf die Verzweiflung und den Hass von Millionen Menschen, die hilflos zusehen müssen, wie ihre Welt von den Vereinigten Staaten verwüstet wird, einem Land, das seine moralische Autorität für ebenso absolut und unanfechtbar hält wie seine militärische Macht. *weiter Seite 14*

Als Bürger der Vereinigten Staaten tragen wir eine besondere Verantwortung, uns dem Wahnsinn dieser kriegerischen Entwicklung zu widersetzen. Eine besondere Verantwortung fällt aber auch Ihnen als Europäer zu. Denn die meisten europäischen Staaten sind im Rahmen der NATO mit den USA militärisch verbündet. Die Vereinigten Staaten behaupten, der Krieg diene der Selbstverteidigung, aber zugleich auch, er werde zum Schutz der „Interessen ihrer Verbündeten und Freunde“ geführt. Ihre Länder werden zwangsläufig in die militärischen Abenteuer der USA hineingezogen werden. Auch Ihre Zukunft ist in Gefahr! ... Rationale und offen vorgetragene europäische Kritik an der Politik der Bush-Administration könnte dazu beitragen, den gegen den Krieg eingestellten Amerikanern im eigenen Land Gehör zu verschaffen. ...

Der größte Trugschluss der Apologeten der US-Kriegspolitik ist die Gleichsetzung der „amerikanischen Werte“, so wie sie in unserem Land verstanden werden, mit der Ausübung von wirtschaftlicher und vor allem militärischer Macht der USA im Ausland. Selbstverherrlichung ist ein berüchtigtes Wesensmerkmal der US-amerikanischen Kultur, das in einer Einwanderungsgesellschaft eine nützliche Rolle bei der Assimilierung neuer Bürger spielen mag. Aber leider hat der 11. September hier zu beispiellosen Extremen geführt. Das hat zur Folge, dass die unter US-Bürgern weitverbreitete Illusion verstärkt wird, die ganze Welt orientiere sich voll Bewunderung oder Neid an den Vereinigten Staaten, so wie diese sich selbst sehen: als wohlhabend, demokratisch, großzügig, gastfreundlich und offen für alle Rassen und Religionen, als Inbegriff universeller menschlicher Werte und letzte und beste Hoffnung der Menschheit.

In diesem ideologischen Kontext gibt es auf die nach dem 11. September gestellte Frage: „Warum hassen sie uns?“ nur eine Antwort: „Weil wir so großartig sind!“ Oder entsprechend der allgemein verbreiteten Behauptung: Sie hassen uns wegen „unserer Werte“. Die meisten US-Bürger haben keine Ahnung, dass die Außenpolitik der USA nichts mit den bei uns so gefeierten „Werten“ zu tun hat, sondern im Gegenteil oftmals dazu dient, Menschen in anderen Ländern die Möglichkeit vorzuenthalten, diese „Werte“ ebenfalls zu genießen, sollten sie einmal den Versuch unternehmen, dies zu tun. Die Machtpolitik der USA hat in Lateinamerika, Afrika und Asien meist dazu gedient, die Überbleibsel der Kolonialherrschaft und verhasste Diktatoren an der Macht zu halten, für die Wirtschaft dieser Länder verheerende wirtschaftliche und finanzielle Bedingungen aufzuzwingen, repressive Militärkräfte zu unterstützen, unabhängige Regierungen zu stürzen oder durch Sanktionen in den Würgegriff zu nehmen, und als letztes Mittel Bomben und Raketen gegen sie loszuschicken, die Tod und Verderben auf sie herab regnen lassen.

Das „Recht auf Selbstverteidigung“

Die Vereinigten Staaten fühlen sich seit dem 11. September einem Angriff ausgesetzt. Daraus schließt die Regierung auf ein „Recht auf Selbstverteidigung“ und meint nun, ohne Schuldnachweis oder rechtliche Prozedur Krieg nach ihren Bedingungen und eigener Wahl gegen jedes Land führen zu können, das sie als Feind bezeichnen. Dieses „Recht auf Selbstverteidigung“ galt natürlich nie für Länder wie Vietnam, Laos, Kambodscha, Libyen, Sudan oder Jugoslawien, wenn diese von den USA bombardiert wurden. Dies ist eben das Recht des Stärksten, das Gesetz des Dschungels. Die Ausübung eines „Rechts“, das allen anderen verwehrt wird, kann niemals „universellen Werten“ dienen, sondern untergräbt in Wirklichkeit jeden Begriff einer Weltordnung, die auf universellen Rechten beruht und allen gleichermaßen den Anspruch auf rechtliche Mittel zugesteht. Ein „Recht“, das nur von einem – dem Stärksten – beansprucht werden kann, ist kein Recht sondern ein Privileg zum Nachteil der Rechte anderer.

Die Vereinigten Staaten haben, angeblich zur „Selbstverteidigung“, einen Krieg gegen Afghanistan begonnen. Das war keine spezifische Reaktion auf die beispiellosen Ereignisse vom 11. September. Im Gegenteil, es war genau das, was die Vereinigten Staaten, wie Dokumente aus dem Pentagon belegen, schon vorher in Gang gesetzt und geplant hatten: die Bombardierung anderer Länder und der Einsatz von Militärkräften auf fremdem Boden zum Sturz der jeweiligen Regierungen. Die Vereinigten Staaten planen ganz offen einen allumfassenden – selbst den Einsatz von Nuklearwaffen in Betracht ziehenden – Krieg gegen den Irak, ein Land, das sie seit über zehn Jahren immer wieder mit dem erklärten Ziel bombardiert haben, die dortige Regierung durch von Washington ausgewählte Führer zu ersetzen.

Was verteidigt wird, hat etwas mit dem zu tun, was angegriffen wurde. „Verteidigung“ bedeutet normalerweise die Verteidigung des nationalen Territoriums. Und tatsächlich fand am 11. September ein Angriff auf und gegen US-Territorium statt. Es war kein konventioneller Angriff seitens eines mächtigen Staats, um Land zu erobern, sondern ein anonymer Anschlag auf bestimmte, zur Zielscheibe erkorene Institutionen. Da sich niemand zu den Anschlägen bekannt hat, sollte der Symbolcharakter der Ziele vermutlich für sich selbst sprechen. Das World Trade Center symbolisiert die globale wirtschaftliche, das Pentagon die militärische Macht der USA. Demnach ist es sehr unwahrscheinlich, dass die Anschläge vom 11. September sich symbolisch gegen „amerikanische Werte“ gerichtet haben, wie sie in den Vereinigten Staaten gefeiert werden.

Statt dessen scheint die wirtschaftliche und militärische Macht der USA, so wie sie sich im Ausland darstellt, das wahre Ziel der Anschläge gewesen zu sein. Berichten zufolge waren 15 der 19 identifizierten Flugzeugentführer Saudi-Araber, die der Präsenz von US-Militärbasen auf saudischem Boden feindlich gegenüberstehen. Die Ereignisse des 11. September legen den Schluss nahe, dass die Nation, die andere Länder so stark ihre Macht spüren lässt, selbst im Inneren verwundbar ist. Aber die wirkliche Frage ist die der US-Interventionen im Ausland. Tatsächlich verfolgen die Kriege Bushs genau die Absicht, die US-Macht im Ausland zu behaupten und zu stärken. In diesen Kriegen wird die weltweite Projektion der Macht der USA verteidigt, nicht die Freiheit der Amerikaner und ihr Lebensstil.

In Wirklichkeit schwächen Kriege im Ausland die von den US-Bürgern geschätzten Werte, statt sie zu verteidigen oder gar auszubreiten. ... Der Hauptunterschied zwischen den imperialen Kriegen der Vergangenheit und dem globalen Machtstreben der Vereinigten Staaten heute liegt in der um ein Vielfaches größeren Zerstörungskraft, die nun zur Verfügung steht. Das Missverhältnis zwischen der materiellen Zerstörungskraft und der konstruktiven Kraft menschlicher Weisheit war noch nie so groß und gefährlich. Die Intellektuellen können wählen, ob sie sich dem Chor jener anschließen möchten, die die brutale Anwendung von Macht verherrlichen, indem sie ihr „geistige Werte“ andichten, oder ob sie die schwierigere und wichtigere Aufgabe übernehmen wollen, die arrogante Torheit der Mächtigen zu entlarven und mit der gesamten Menschheit zusammenzuwirken, um Wegezu einem vernünftigen Dialog, gerechten wirtschaftlichen Beziehungen und Gerechtigkeit für alle zu finden.

Das Recht auf Selbstverteidigung muss ein kollektives Menschenrecht sein. Die Menschheit als Ganzes hat das Recht, ihr eigenes Überleben gegen die „Selbstverteidigung“ einer keinen Beschränkungen unterworfenen Supermacht zu verteidigen. Seit einem halben Jahrhundert haben die Vereinigten Staaten wiederholt ihre Gleichgültigkeit gegenüber Tod und Zerstörung demonstriert, die ihre eigenmächtigen Bemühungen zur Weltverbesserung stets begleitet haben.

In unseren reichen Ländern können wir nur durch unsere Solidarität mit den Opfern der Militärmacht der USA jene universellen Werte verteidigen, von denen wir behaupten, dass sie uns so lieb und teuer sind.

Quelle: www.friedensratschlag.de ■

Martin Dietzsch – Helmut Kellershohn – Alfred Schobert

Jugend im Visier – Geschichte, Umfeld und Ausstrahlung der „Unabhängigen Nachrichten“

Den offiziell beschworenen „Aufstand der Anständigen“ konterten die „Unabhängigen Nachrichten“ mit einem kleineren Mediencoup: Bundesweit schrieben sie Redaktionen von Schülerzeitungen an und boten ein Jahresabonnement gegen eine Anzeige – ein weiterer Versuch, Jugendliche ins Visier zu nehmen. Der AK Rechts nahm dies zum Anlass für eine Studie über die „Unabhängigen Nachrichten“ und schloss damit eine Lücke in der Erforschung der extremen Rechten in Deutschland.

Die „Unabhängigen Nachrichten“ gehören zum Umfeld der NPD. Sie entstanden vor über 30 Jahren aus einer Rechtsabspaltung der nationalneutralistischen „Deutschen Gemeinschaft“. In den „Unabhängigen Nachrichten“ versammeln sich insbesondere ganz alte Herren und popularisieren völkisch-nationalistische Ideologie mit deutlich neonazistischer Färbung. Agitation und Propaganda umfassen die gesamte programmatische Breite von Holocaust-Leugnung bis zu aggressivem Rassismus.

Durch ihre Reihe „Auf dem Stundenplan“ nehmen die „Unabhängigen Nachrichten“ Jugendliche ins Visier und betreiben Fälschung der Geschichte, um Volk und Nation zu entlasten.

Im Umfeld der „Unabhängigen Nachrichten“ verknüpft Werner Symanek mit seinem Verlag VAWS Propaganda und Kommerz. Seit der Gründung auch nationalsozialistischer Traditionspflege verpflichtet, gelang es ihm in den letzten Jahren, einen neuen Kundenkreis zu erschließen. Auch er hat die Jugend im Visier, indem er sich auf die Vermarktung von Musik spezialisierte. Hier trat er in Kooperation mit dem Musiker Josef Klumb in Erscheinung, der es vorübergehend gar zu einem Vertrag mit dem Sony-Konzern gebracht hatte.

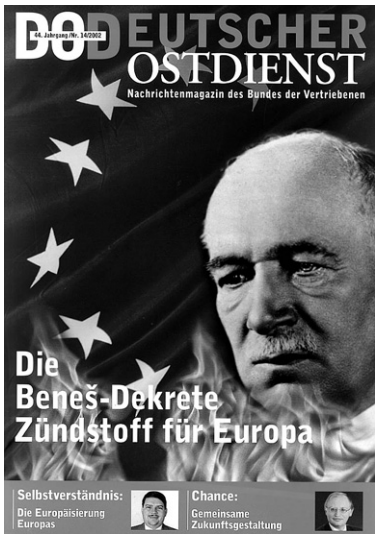
Die Autoren der Studie zeigen

- wer hinter den „Unabhängigen Nachrichten“ und VAWS steckt
- wie ihre Propaganda funktioniert und
- wie man sich dagegen wehren kann.

Inhalt:
Martin Dietzsch: Geschichte und Personal der „Unabhängigen Nachrichten“.
Alfred Schobert: VAWS – Propaganda und Kommerz in nationalsozialistischer Tradition.
Helmut Kellershohn: Schulbuchkritik von rechts

Das Buch erscheint Mitte Mai – Vorbestellungen sind erwünscht. 178 Seiten , 12 Euro, ISBN 3-927388-82-3
Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung DISS, Siegstraße 15, 47051 Duisburg, Tel. 0203-20249, Fax 0203-287881, email: diss@uni-duisburg.de

Die erste Ausgabe des Deutschen Ostdiensts in Magazinformat ist jetzt erschienen. 36 Seiten A4 mit Hochglanzpapier, einem vierfarbigen Umschlag und zweifarbigen Innenseiten. Einen Auflagenhinweis findet man im Impressum nicht. Über den Kostenrahmen dieses üppigen Magazins findet man im Vorwort der Präsidentin keinen Hinweis. Das nebenstehend abgebildete Titelblatt des Magazin wirkt dann auch schon makaber. Die Benes-Dekrete würden an Europa zündeln, wird suggeriert. Und dass historisch das Münchener Abkommen Hitlers Überfälle auf die osteuropäischen Staaten ermöglichte und zu einem kriegerischen Flächenbrand führte, wird negiert und damit bewusst eine üble Geschichtsklitterung betrieben.



Das neue Monatsmagazin des BdV

Immerhin gehört es zu den in der Satzung verankerten Zielen der Sudetendeutschen Landsmannschaft in der Bundesrepublik, „die Rückgabe des konfiszierten Vermögens auf der Basis einer gerechten Entschädigung zu vertreten“ und „den Rechtsanspruch auf die Heimat, deren Wiedergewinnung und das damit verbundene Selbstbestimmungsrecht der Volksgruppe durchzusetzen“. Dieses Ziel möchte der Revanchistenverein nun auch vor Ort verfolgen. Am 1. April will die Landsmannschaft eine „Verbindungsstelle“ in Prag eröffnen, kündigt der Bundesvorsitzende Bernd Posselt an. Bernd Posselt, ein Zögling von Otto von Habsburg und Vizepräsident der Paneuropa-Union Deutschland macht sich Sorgen um Kaliningrad (Königsberg), das in die EU eingebunden und Russland entwunden werde: „Entscheidend für die Zukunft des Oblast Kaliningrad werde sein, ob es gelingt, dieses Gebiet in die Entwicklungsdynamik des Ostseeraumes einzubeziehen. Sollte das sozioökonomische Gefälle zwischen Polen und Litauen einerseits und dem Königsberg-Gebiet andererseits wachsen statt abgebaut werden, dann könne dies zu sozialen und politischen Spannungen führen, die sich gefährlich entladen könnten.“

Zur europäischen „Zukunftsgestaltung“ schreibt auch der EU-Kommisär Günter Verheugen. Er bescheinigt den Vertriebenenverbänden wichtige Funktionen in der Zukunft: „Sie können mit dafür sorgen, dass der Platz, den ihre frühere Meintat in Europa einnehmen wird, ein würdiger Platz sein wird.“

DOD Nr. 14, – jöd ■

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Postfach 260 226, 50515 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse“: J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,30 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Postfach 260 226, 50515 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (MdB Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Forum kommunistischer Arbeitsgemeinschaften); Martin Dietzsch; Regina Girod (Bund der Antifaschisten, Dachverband); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN - Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke, (MdB PDS); Jochen Koeniger (Arbeitsgruppe gegen Militarismus und Repression); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg–Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; AG Antifaschismus/ Antirassismus in der PDS NRW; Angelo Lucifero (Landesleiter hbv in ver.di Thüringen); Kai Metzner (Info Pool Network); Bernhard Strasdeit (MdB-Büro Winfried Wolf); Volkmar Wölk.

Le Pen: Frankreich und Deutschland als Achse

Nationalzeitung 16-2002

Die Freundschaft zwischen Le Pen und dem Herausgeber der Nationalzeitung Dr. Frey wird seit einigen Ausgaben wieder aufgefrischt. Mit Bildern der beiden wird in Nr. 16 *Le Pen* interviewt. Dort erklärt er u.a. „Die Franzosen schenken mir in zunehmendem Maße Vertrauen, weil sie mehr und mehr zur Kenntnis nehmen, dass das wahr ist, was ich seit Jahren zur Einwanderung, zur Globalisierung, zu den ausufernden Steuern, zum Verlust der Souveränität und dem Verfall der Werte, zum Einbruch der Geburtenziffer und zum Verschwinden unserer Armee sage.“ Auf die deutsch-französischen Beziehungen angesprochen, erklärt er de-magogisch: „Man will mich immer als antieuropäisch darstellen. Ich bin nicht antieuropäisch. Ich bin gegen den Verlust der Souveränität der europäischen Nationen, Frankreich wie der anderen, zum Bespiel Deutschlands. Ich glaube, dass eine Konföderation des Europas der Vaterländer gebildet werden muss und dass Frankreich und Deutschland, eng verbunden, dessen Achse bilden. Das ist übrigens nicht anderes als das, was General de Gaulle und Kanzler Adenauer wollten.“

De Benoist sagt Zerfall der französischen Republik voraus

Junge Freiheit Nr. 18/2002 vom 26. April

Das Ergebnis der Präsidentschaftswahl in Frankreich bewegt *Alain de Benoist* zu folgenden Aussagen: „Wirklich gespannt sein darf man auf die Parlamentswahlen im Juni. Auf der Linken könnte die Furcht vor Le Pen zu einer Mobilmachung und der Bildung einer ‚gemeinsamen Front’ führen, während am anderen Ende des politischen Spektrums der eine oder andere Sitz eines Chirac-Anhängers an den FN fallen dürfte ... Anderswo in Europa regieren seit Jahren Männer wie Gerhard Schröder, Tony Blair, José Maria Aznar oder Silvio Berlusconi. Frankreich verharrt indessen in der Breschnew-Ära. Zwischen seiner altersschwachen Führungsriege und dem französischen Volk hat sich eine gewaltige Kluft aufgetan, die nur tiefer werden kann – bis sie schließlich die Fünfte Republik selber in Frage stellt.“ Das Alter Le Pens macht ihm anscheinend keine Sorgen.

Zum Ergebnis der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt, bei denen die vom Blatt unterstützte Schill-Partei den Einzug in den Landtag knapp nicht geschafft hat, erklärt *Erhard Forndran*, Politologie-Professor in Magdeburg, die Partei habe mit der Innenpolitik das falsche Thema für Sachsen-Anhalt gehabt. In der Wirtschaftspolitik habe sie sich außerdem mit ihrem Spitzenkandidaten Ulrich Marseille und seinen Machenschaften selbst ins Abseits gestellt. An der Bundestagswahl will die Schill-Partei nicht teilnehmen, wohl aber an der gleichzeitig stattfindenden Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern.

Jamal Karsli auf dem Weg zur FDP

Junge Freiheit Nr. 19/2002 vom 3. Mai

Auf dem Weg in die FDP, wo über seinen Aufnahmeantrag noch nicht entschieden ist, gibt der ehemalige Grüne und immer noch Landtagsabgeordnete *Jamal Karsli* aus Nordrhein-Westfalen ein Interview in der ‚Jungen Freiheit‘, im dem er unter anderem auf üble demagogische Weise den Einfluss des Zionismus beklagt: „Man muss allerdings zugestehen, dass der Einfluss der zionistischen Lobby auch sehr groß ist: Sie hat den größten Teil der Medienmacht in der Welt inne und kann jede auch noch so bedeutende Persönlichkeit ‚klein’ kriegen. Denken Sie nur an Präsident Clinton und die Monika-Lewinsky-Affäre. Vor dieser Macht haben die Menschen in Deutschland verständlicherweise Angst.“

Auf die Frage, warum er zur FDP wechseln will, antwortet Karsli: „Der Grund war die eindeutige und couragierte Haltung Jürgen Möllemanns, der nicht nur vielen Menschen hierzulande, sondern auch in der arabischen Welt aus dem Herzen spricht.“ Die Vorgeschichte, die Panzerlieferungen an Saudi-Arabien, die Rolle der Deutsch-Arabischen Gesellschaft, reflektiert Karsli nicht.

„Glückliches Frankreich“

Der Republikaner 3-4/2002

Le Pens Erfolg im ersten Wahlgang für das Amt des Staatspräsidenten kommentiert das Blatt: „Das Wahlergebnis ist eine klare Absage der Franzosen an Multikulti. Man kann sich wünschen, daß sich die deutschen Wähler irgend wann einmal ebenso deutlich zu ihrem Land bekennen, wie es die Franzosen in Frankreich tun. Ein Unterschied bleibt freilich: In Frankreich gibt es weder eine ‚Faschismus-Keule‘ noch eine Vergangenheitsbewältigung wie in Deutschland. Glückliches Frankreich“. Alain de Benoist hat wohl gleich mehreren rechten Postillen Interviews gegeben, auch im „Republikaner“ kommt er zu Wort. Er behauptet, Le Pens Wähler kämen hauptsächlich von der Linken. Die Wahl zeige eine völlige Auflösung der politischen Klasse, fast 60 % der Wähler hätten ihre Stimme den „großen Parteien“ verweigert. Es sei völlig falsch, dass die Linke „mit der Beschwörung einer ‚Wiederauferstehung des Faschismus‘ reagiert“ habe. „Dieser anachronistische Antifaschismus ist der sicherste Weg, um für die Botschaft der Wähler taub zu bleiben“, so Benoist. Der Nahost-Konflikt hat seiner Ansicht nach die Wahl nicht entscheidend beeinflusst, allerdings habe Le Pen „eine nicht zu vernachlässigende Zahl jüdischer Wähler zur Stimmabgabe (für sich) veranlaßt“. (Le Pen hatte die Angriffe von Einwanderern aus dem Magreb auf jüdische Einrichtungen in einem Interview mit der israelichen Zeitung „Haaretz“ verurteilt.)

Zum Kronzeugen für die Ablehnung von Zuwanderung nach Deutschland erhebt das Blatt Helmut Schmidt. Es bringt Zitate, die angeblich einem Vorabdruck des neuen Schmidt-Buches „Hand aufs Herz“ entnommen sind: „Wir haben ... viel zu viele Ausländer hereingeholt ... Wir haben sieben Millionen Ausländer, die nicht integriert sind, von denen die wenigsten sich integrieren wollen... Jetzt sitzen wir da ... und werden damit nicht fertig.“ „Ob Schmidt als ‚rechtsextremistisch‘... eingestuft wird, ...entzieht sich unserer Kenntnis“, so das Blatt.

uld, u.b., jöd ■

BESTELLUNG: Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe (Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt)

O Halbjahres-Abo, 13 Hefte 22 Euro
O Förder-Abo, 13 Hefte 27 Euro
O Jahres-Abo, 26 Hefte 44 Euro
O Förder-Abo, 26 Hefte 54 Euro
O Schüler-Abo, 26 Hefte 28 Euro

Erscheinungsweise: 14-täglich

O Ich möchte Mitglied im Förderverein Antifaschistische Nachrichten werden. Der Verein unterstützt finanziell und politisch die Herausgabe der Antifaschistischen Nachrichten (Mindestjahresbeitrag 60,- DM).

Einzugsermächtigung: Hiermit ermächtige ich den GNN-Verlag widerruflich, den Rechnungsbetrag zu Lasten meines Kontos abzubuchen. (ansonsten gegen Rechnung)

Name: Adresse:

Konto-Nr. / BLZ Genaue Bezeichnung des kontoführenden Kreditinstituts

Unterschrift

GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 0221 - 21 16 58, Fax 21 53 73, email: gnn-koeln@netcologne.de
Bankverbindung: Postbank Köln, BLZ 370 100 50, Kontonummer 10419507